:antifaschistische nachrichten

Nr. 6

g 3336 13.3.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Rettet der Verfassungsschutz die NPD vor dem Verbot?

von Rüdiger Lötzer

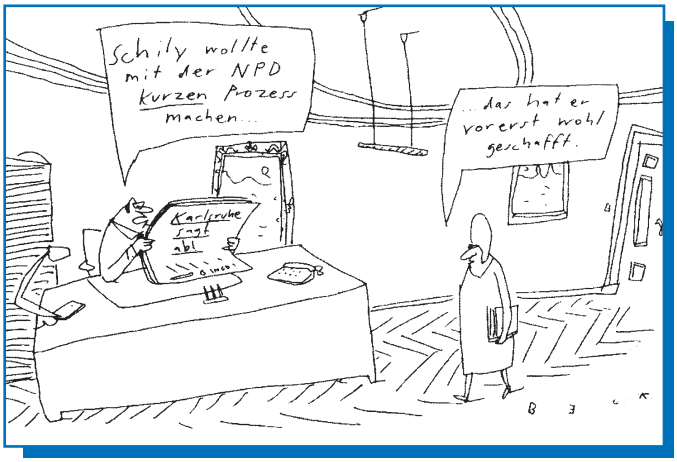
Am 18. März will das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung im NPD-Verbotsverfahren verkünden. In der Presse wird erwartet, dass das Gericht die Einstellung des Verfahrens verkünden wird. Nicht, weil die NPD nicht verfassungsfeindlich, antisemitisch, fremdenfeindlich und gewalttätig ist. Das steht unbestritten fest. Sondern weil die vielen V-Leute der Verfassungsschutzämter in der NPD – bis hinauf in die höchsten Spitzen dieser Partei – ein rechtsstaatliches Verfahren gegen diese Partei fast unmöglich machen.

Ähnliche Gerüchte waren schon im vergangenen Oktober, kurz nach den Bundestagswahlen, vom Flurfunk des Gerichts in den Innenausschuss des Bundestages gedrungen und hatten dort für erste Aufregungen gesorgt.

Sollten sich diese Spekulationen bewahrheiten, dann hätte vor allem die rot-grüne Bundesregierung eine spektakuläre innen- und außenpolitische Niederlage erlitten. Denn der Schaden, den das geplatzte Verfahren anrichtet, wird sich nicht auf die Innenpolitik begrenzen lassen.

Verantwortlich für dieses Desaster sind die Innenminister, insbesondere die beiden Hauptbetreiber des Verbotsverfahrens, Bundesinnenminister Schily (SPD) und Bayerns CSU-Innenminister Beckstein. Verantwortlich sind besonders auch die Verfassungsschutzbehörden. Diese Ämter, laut Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der Länder beauftragt, mutmaßlich verfassungsfeindliche und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Bürgerinnen und Bürger und ihrer Verfassungsorgane gefährdende Bestrebungen schon im Vorfeld von Straftaten (deren Verfolgung Sache der Polizei wäre) zu erkennen, zu beobachten und zu melden, haben gegen den organisierten Neofaschismus und Antisemitismus schon in der Vergangenheit nichts zuwege gebracht. Ihr Hauptaugenmerk galt immer der Bekämpfung von Linken, von Spionen – natürlich nur von östlichen – und von sogenannten „ausländischen Extremisten“. Bei braunen Straftaten dagegen wurde bagatellisiert, ignoriert, weggeschaut, wann immer das möglich war – bis hinauf zu Schilys offizieller Statistik rechtsextremistischer Straftaten, die seit Jahren nur noch ein böser Witz ist.

Den organisierten Neofaschismus dagegen haben die VS-Ämter des Bundes und der Länder von Anfang an nicht nur nicht bekämpft, sondern zum Teil – ob wissentlich oder aus Dummheit, sei dahingestellt – faktisch sogar mit aufgebaut. Die vermeintlichen „Informanten“ der VS-Behörden in der rechten Szene, in den ersten Jahren vermutlich alte Wehrmachtsbekannte der Beamten in den VS-Behörden, nahmen über viele Jahre, ja Jahrzehnte ihren staatlichen Informantensold an, bauten damit ihre Parteien, braunen Netzwerke und Verlage auf und versorgten ihre V-Leute-Führer in den VS-Ämtern dafür mit nutzlosen und die tatsächliche Gewalt der rechten Szene beschönigenden „Informationen.“



Keine einzige schwere Gewalttat von Neonazis in diesem Land, weder das Attentat auf dem Münchner Oktoberfest, noch die tödlichen Brandstiftungen von Mölln und Solingen, noch die ausländerfeindlichen Ausschreitungen von Lichtenhagen und Hoyerswerda und auch nicht die seit 1990 über einhundert weiteren Morde, Brandstiftungen und anderen Gewalttaten von Neonazis wurden von den VS-Ämtern in der Vergangenheit verhindert.

Wie nutzlos, ja direkt schädlich diese Dienste für die Bekämpfung von Rechtsextremismus sind, wurde Anfang 2001 offensichtlich, als bekannt wurde, das führende Funktionäre der NPD von den Anfängen der Partei an auch für den Verfassungsschutz gearbeitet hatten. Es gehört zu den Pikanterien dieses Verbotsverfahrens, dass nun fest steht, dass der langjährige CDU-Innensenator von Berlin, Werthebach, noch Ende der 90er Jahre Demonstrationen der NPD durch das Brandenburger Tor genehmigte, die angemeldet waren vom NPD-Bundesgeschäftsführer Udo Holtmann. Dieser Udo Holtmann war, wie inzwischen bekannt, V-Mann eben jenes Bundesamtes für Verfassungsschutz, dem Werthebach vor seiner Ernennung zum CDU-Innensenator jahrelang vorgestanden hatte. Die Herren waren also „alte Bekannte“. Wie viele solcher „Bekanntschaften“ zwischen hohen NPD-Funktionären und ihren V-Mann-Führern, Polizeichefs und Innenministern hat es in den vergangenen Jahren noch gegeben, gibt es womöglich noch heute?

Auch wenn nach einer Einstellung des Verfahrens sicher alle Parteien ihre Abscheu vor der NPD und ihrem gewalttätigen Antisemitismus und Neofaschismus betonen werden – die ohnehin immer umkämpfte Abgrenzung zwischen demokratischen Kräften und Parteien auf der einen Seite und dem organisierten Neofaschismus auf der anderen Seite wird nach dem Ende des Verbotsverfahrens sicher geschwächt sein.

Die NPD dagegen und die gesamte Neonazi-Szene werden gestärkt. Schon sammelt die NPD wieder alte Verbindungen, reorganisiert sie ihre Kontakte.

weiter auf Seite 5

Aus dem Inhalt:

‚Bündnis nationaler Sozialisten Lübeck‘ verboten . 6
„Kerneuropäische Abschiebekooperation“ 13

ÖLM-Funktionärin geehrt

ÖSTERREICH/WIEN. Die österreichische Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (FPÖ) hat das langjährige Mitglied des Vorstandes der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmannschaft“ (ÖLM), Gertraud Schuller, das österreichische Bundes-Ehrenzeichen verliehen. Die Obfrau der ÖLM wurde für ihre ehrenamtlichen „Leistungen“ im Rahmen von Freiwilligen-Organisationen und Freiwilligen-Initiativen geehrt. Gertraud Schuller, zeitweise auch Präsidentin des „Österreichisch-Südafrikanischen Klubs“, ist Autorin in der ÖLM-Zeitschrift „Der Eckart“ (früher „Eckartbote“), deren Schriftleiter Helmut Müller auch in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ schreibt und der in der Vergangenheit auch schon bei NPD-Verbänden als Referent aufgetreten war. *hma* ■

Streit um Ziesels Erbe

PRIEN/HAMBURG. Die finanziell angeschlagene „Deutschland-Stiftung“ ist irritiert über das Vorgehen der „Deutschen Konservativen“ um den CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer und den wegen „Volksverhetzung“ verurteilten Joachim Siegerist. In einem Brief an die Abonnenten des Monatsblattes „Deutschland-Magazin“ weist die Stiftung darauf hin, dass die „Deutschen Konservativen“ die „Deutschland-Stiftung“ „trotz mehrmaliger Aufforderung“ bislang „nicht über die Höhe der eingegangenen Spenden noch über die Spendernamen“ für das in Finanznot geratene „Deutschland-Magazin“ informiert habe. Die „Deutschen Konservativen“ hätten für die Dezember-Ausgabe des Monatsblattes zwei Anzeigenseiten zur Werbung für eigene Bücher gebucht. Erschienen sei dann aber der Aufruf zur Rettung des „Deutschland-Magazins“. Auch für die Februar-Ausgabe des Blattes bezahlten die „Deutschen Konservativen“ zwei Anzeigenseiten im Voraus, „trotz des Hinweises, daß eine Ausgabe im Februar nicht zugesichert werden kann“. Nun fordere Siegerist den bezahlten Betrag über knapp 18.000 Euro von der „Deutschland-Stiftung“ zurück, „um ihn an die Spender zurück zu überweisen“. Nach Ansicht von Elisabeth Hager, Geschäftsführerin der „Deutschland-Stiftung“ scheint Siegerist nun „eine Konkurrenzausgabe zum „Deutschland-Magazin“ mit leichten Abänderungen“ zu planen.

hma ■

CDU-Nachwuchs übt schon

MAGDEBURG. Ein Initiativantrag des Landesverbandes aus Nordrhein-Westfalen hat auf deren diesjähriger „Bundesschülertagung“ der „Schüler-Union“ in Magdeburg zu heftigen Debatten geführt. Nach einem „Appell für die Pressefreiheit“ wurde in dem Antrag eine klare Verurteilung der Beobachtung der Wochenzeitung „Jungen Freiheit“ durch die „Landesämter für Verfassungsschutz“ in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gefordert. Der Bundesvorsitzende der „Jungen Union“ in der CDU/CSU, Philipp Mißfelder, äußerte in der Diskussion die Besorgnis über einen totalen Medienboykott, falls sich die „Schüler-Union“ mehrheitlich für den Antrag aussprechen sollte. „Die Tür ist dann zu“, so Mißfelder. Neugierige Journalisten könnten den CDU/CSU-Nachwuchs dann plötzlich ins Visier nehmen. Letztendlich stimmten dann nur die Delegierten aus Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern für den Initiativantrag. Enttäuscht zeigte sich darüber der stellvertretende Landesvorsitzende der „Schüler-Union“ in NRW, Stephan Laubach. Der „National-konservative“ fühlte sich von der Verbandsspitze regelrecht „verarscht“ weil man sich von der „Schüler-Union“ nicht für die „Junge Freiheit“ stark machen dürfe.

JF 10/03 - hma ■

Versteckspiel“

„Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen“ heißt eine 38-seitige Broschüre die die „agentur für soziale perspektiven e.V.“ in der „rat-reihe antifaschistischer texte“ herausgegeben hat. Oftmals sind es nur Kleinigkeiten, die Hinweise auf die Zugehörigkeit einer Person zu einer rechten Jugendkultur oder neofaschistischen Gruppe geben. Die vorliegende Broschüre dokumentiert die verschiedensten Symbole, Codes und Kleidungsstile, die in rechten Jugendkulturen vorkommen und zeigt deren politischen Hintergrund auf. Ob mit NS-Bezug, germanisch/heidnischem oder jugendkulturellem Hintergrund, diese Broschüre hilft, rechte Codes und Symbolik richtig zu deuten. Das gut layoutete Heft ist gegen Vorkasse und zum Preis von 3 Euro plus 1 Euro Porto erhältlich bei: rat-reihe c/o Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. *hma* ■

Total qualifiziert

Der Heidelberger Kirchenhistoriker Gerhard Besier hat einen Ruf auf den Lehrstuhl Totalitarismusforschung der Technischen Universität Dresden erhalten. Damit verbunden, so eine Meldung der Tageszeitung „Die Welt“, ist die Leitung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung. Das Institut zählt zu den großen politisch-wissenschaftlichen Einrichtungen der Bundesrepublik. Besier ist Autor in der vom Verfassungsschutz beäugten Vierteljahresschrift „Criticon“, Referent bei rechtsklerikalen vereinen wie „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“ (ACP), „Christlich-Konservatives Deutschland-Forum“ (CKDF), „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland“ und Unterzeichner des „Berliner Appells“ („Wir setzen uns ein für eine Rückkehr zum antitotalitären Konsens und wenden uns entschieden gegen Bestrebungen, die freiheitlich-demokratische Ordnung durch eine ‚antifaschistisch-demokratische‘ Ordnung zu ersetzen.“) Bekannt ist Besier auch als Unterzeichner einer Solidaritätskampagne für den neurechten Historiker Rainer Zitelmann. 1995 nahm Besier als Gast bei der Präsentation von Zitelmanns Buch „Wohin treibt unsere Republik“ im Berliner Hilton teil.

am, in Archiv-Notizen Februar 2003, DISS Duisburg ■

Strafverfahren gegen Bundesvorsitzenden der Vereinigung ehemaliger Zwangsarbeiter

WUPPERTAL. Georg Duchnik (in Wuppertal lebender Bundesvorsitzender der Vereinigung ehemaliger osteuropäischer und polnischer Zwangsarbeiter in der BRD) war im September 2001 ohne nähere Angabe von Gründen telefonisch zur Polizeiwache Wuppertal-Heckinghausen gebeten worden. Dort eröffnete man ihm überraschend, dass er beschuldigt sei, einem in Wuppertal lebenden Altnazi anonym obszöne Briefe geschrieben zu haben. Der Altnazi hatte Anzeige gegen Unbekannt erstattet.

Duchnik wies die völlig haltlosen Beschuldigungen zurück und wollte der ihn beleidigenden Vernehmung nicht länger beiwohnen. Als er Anstalten machte, den Raum verlassen zu wollen, rief der vernehmende Kripobeamte weitere Polizeibeamte herbei, die G. D. mit grober Gewalt daran hinderten. Duchnik musste nach dem polizeilichen Übergriff per Rettungswagen in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Duchnik erstattete gegen die beteiligten Polizeibeamten Anzeige wegen Körperverletzung. Zu seiner Überraschung ging aber bei ihm ein Strafbefehl ein, in dem er wegen „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung“ belangt wurde.

Die Verhandlung vor dem Amtsgericht Wuppertal im vergangenen Jahr endete mit einer hohen Geldstrafe für Georg Duchnik. Obwohl die als Zeugen geladenen Polizeibeamten sich in zahlreiche Widersprüche verstrickten, befand das Gericht zur Überraschung der Anwesen-

Online-Broschüre „Rechtsextremismus im Westhavelland 2002“ erschienen

http://inforiot.de/westhavelland/
In dem seit 1997 jährlich erscheinenden Bericht wird akribisch das Ausmaß der rechten Organisierung im Westhavelland (Brandenburg) dokumentiert. Die lokale Kameradschaft „Hauptvolk“, rechte Parteiarbeit, Propagandaaktionen, Übergriffe usw. werden im Detail beschrieben. Besonders interessant ist sicherlich der Abschnitt über aktive und ehemalige Nazis, die bei einem Wachschutzunternehmen der Region angestellt sind, dass bis vor kurzem u.a. für die „Bewachung“ des Rathenower Flüchtlingsheimes zuständig war.

Texte über die Grauzone zwischen Fußballfans, Hools und Nazis, zu Anti-Antifa und anderen Kampagnen sowie zu den Bundestagswahlen 2002 runden den Bericht ab.

Paula, Inforiot Webteam ■

den den Vorsitzenden des Zwangsarbeiterverbandes schuldig wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Es stehen manche Fragen:

Soll ein Opfer polizeilicher Willkür zum Täter definiert werden, um polizeiliche Übergriffe zu kaschieren und um Ermittlungen gegen beteiligte Polizeibeamte gar nicht erst einzuleiten?

Was hat die Kripo überhaupt veranlasst, aufgrund einer Anzeige gegen Unbekannt, gestellt von einem Altnazi, gegen einen bekannten Antifaschisten zu ermitteln?

Soll Georg Duchnik, der ein engagierter Vertreter der Opfer der NS-Zwangsarbeit und ihrer Hinterbliebenen ist, eingeschüchtert werden?

Öffentliche Begleitung des Prozesses und Solidarität mit dem Antifaschisten Georg Duchnik sind notwendig!

Peter Oberhaus ■

Berufungsverhandlung:
Donnerstag, 27. März 2003,
Landgericht Wuppertal, Raum L 217

Dresdner Neonazi wählt Knast statt Kleinfamilie

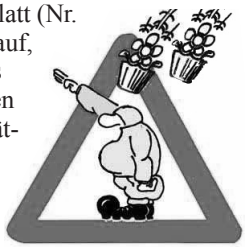
DRESDEN. Ein blöder Tag für Ronny Thomas: Unter Anwesenheit der kompletten Dresdner Pressevertreter, den üblichen Neonazi-Beobachtern und bekannten AntifaschistInnen wanderte Thomas nach einem weitestgehend un-

Hetze gegen islamische Kölnerinnen und Kölner

„Pro Köln“ begibt sich auf Stimmenfang mit Blick auf die Kommunalwahl 2004

Für den 15. März ruft die rechtsextreme Kölner Nazitruppe unter Führung von Manfred Rouhs gleich zu zwei Kundgebungen mit anschließender Demonstration gegen den geplanten Bau einer Moschee in Köln-Chorweiler und in Köln-Mülheim auf: Um 11 Uhr am Londoner Platz in Chorweiler und um 15 Uhr am Wiener Platz in Mülheim.

Hinter dem harmlos klingenden und verlogenen Namen „Pro Köln“ verbergen sich führende Köpfe der Kölner Neonaziszene, vor allem Manfred Rouhs, Markus Beisicht und Bernd Michael Schöppe, die vor Jahren für die Republikaner, später für die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ im Kölner Rat saßen. In ihrem Vereinsblatt (Nr. 1 – 03) rufen sie dazu auf, nicht zuzulassen, „dass die geplanten Moscheen gefährliche Zufluchtstätten für islamistische Extremisten und Terroristen werden“ und sammeln eifrig Unterschriften gegen den Bau der Moscheen. Und nebenbei fordern sie (Nr. 0 – 03) „Null – Moslem – Zuwanderung“, „rasche Rückwanderung aller Islamisten“ und „Schluss mit der Multi-Kulti-Verdummung“. Fürwahr, eine echte Nullnummer!



Einen solchen Rassismus dürfen wir uns nicht bieten lassen. Denn nur darum geht es ihnen und nicht um demokratische Kriterien für die Vereine, die sich an den Moscheen beteiligen wollen. Fundamentalistische Erziehung jeder Art ist abzulehnen, ob sie nun von christlicher oder von islamistischer Seite betrieben wird. „Pro Köln“ allerdings ist gegen jede Moschee und sie bringen deren Vertreter gleich in Verbindung mit Extremisten und Terroristen, obwohl noch längst nicht klar ist, welche Vereine sich an diesen Einrichtungen beteiligen. Wenn es nach „Pro Köln“ geht, sollen für Muslime die Gesetze, die hier in Deutschland herrschen, eben nicht gelten.

Dieses Vorgehen von „Pro Köln“ hat das Kölner Bündnis „Köln stellt sich quer“ auf den Plan gerufen und zahlreiche Gruppen, Vereine und Organisationen aktiviert. Sie alle wollen ein deutliches „Zeichen gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen…, ein Zeichen für ein solidarisches Zusammenleben…“ setzen, so der Aufruf. Zwei machtvolle Gegendemonstrationen sind deshalb am 15. März geplant:

Ab 10 Uhr auf dem Pariser Platz

in Chorweiler

Ab 13 Uhr am Wiener Platz.

Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes wird damit gerechnet, „dass sich rechtsradikale Gruppierungen aus ganz NRW angesagt hätten“, berichtete der Kölner Stadtanzeiger. Um möglichst viele Gegendemonstranten abzuschrecken, rechnet Polizeidirektor Granitzka „mit erheblichen Krawallen“ und will „etliche Hundertschaften an jenem Samstag einsetzen“. Das größte Problem sieht er darin, dass die Neonazis „nach dem Ende der ersten Kundgebung … offenbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln ins Rechtsrheinische wechseln“ wollen. Da sehen wir auch ein Problem! Hoffen wir mit allen, die sich quer stellen, dass Rouhs und Konsorten erst gar nicht aus der U-Bahn- oder S-Bahnstation in Chorweiler heraus- und nach Mülheim schon gar nicht kommen!

MK ■

Strafanzeige wegen Volksverhetzung

KÖLN. Gegen die Vorsitzende der „Bürgerbewegung Pro Köln e.V.“, Judith Wolter, und gegen die presserechtlich Verantwortliche der Zeitung „pro Köln“, Birgit Schmidt, hat PDS-Ratsherr Jörg Detjen Strafanzeige gestellt. Es geht dabei um einen Text in der Zeitung „pro Köln“ Nr. 1/2003, in dem es heißt „Wir dürfen und werden nicht zulassen, daß die geplanten Moscheen gefährliche Zufluchtstätten für islamische Extremisten und Terroristen werden“. Ähnliche Formulierungen finden sich in den Flugblättern, die in Ehrenfeld „gegen den Bau einer Großmoschee“ verbreitet werden. Die pauschale Diffamierung des moslemischen Teils der Bevölkerung Kölns verstößt gegen § 130 Strafgesetzbuch. Volksverhetzung begeht demnach: „Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, 1. zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt... 2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet.“ Die massenhaft an Kölner Haushalte verbreiteten Pam-phlete von „Pro Köln“ verfolgen genau diese Absicht.

politischen Prozess im Dresdner Amtsgericht in den Knast. Außer Katja Hartmann, Lebensgefährtin von Thomas und Mitmieterin des „Thor“, war kaum ein Neonazi im Gerichtssaal.

Der überregional und stadtweit bekannte Neo-Nazi-Kader Thomas, bereits mehrfach wegen Körperverletzung vorbestraft, ist damit für seine vielfältigen Neo-Nazi-Aktivitäten erst einmal aus dem Verkehr gezogen.

http://venceremos.antifa.net ■

„Eskil“ ist raus und steht im Regen

Düsseldorf. Dumm gelaufen für die Düsseldorfer RechtsRock-Band „Eskil“: Lief doch lange Zeit alles prächtig, so bekommen Band und Bandmitglieder seit einiger Zeit stärkere Probleme.

Zwar wird Frontmann und Rudolf-Hess-Demo-Gänger Dennis Ansgar Seegers immer noch – und das darf als bezeichnend für die Partei angesehen werden – als Ortsverbandsvorsitzender Mettmann I der „Schill-Partei“ auf der offiziellen Homepage des „Schill“-Landesverbandes NRW geführt, dafür kam der Band aber Mitte Februar ihr Proberaum im Proberaumbunker Am Gatherweg in Lierenfeld abhanden.

Der bis dahin ahnungslose und Ende Januar aufgeklärte Vermieter der Proberäume überprüfte die von antifaschistischen Gruppen im Rahmen der Kampagne „we will rock you - tour 2003. Kein Raum der Nazi-Musik“ (http://www.antifa-nrw.de) gegen „Eskil“ vorgebrachten Vorwürfe und kam angesichts der unzweifelhaften Belege zu dem einzigen richtigen Schluss und Mitte Februar hieß es dann bereits: Tschüss „Eskil“!

http://www.antifakok.de ■

Faschisten ignorieren?

Augsburg. Im Mai 2002 verschickte das „Augsburger Bündnis - Nationale Opposition“, das den Versuch unternimmt, alle schwabenweit existierenden Faschisten zusammen zu schließen, einen Brief an OB Wengert, in dem in sehr übler Weise vor der „Überfremdung“ Augsburgs und den Folgen daraus gewarnt wird: In der Hauptsache fehle dadurch Geld in den Kommunen für „einheimische Familien“. Gefragt wurde Wengert in dem Brief, was er zur Rückführung der Menschen in ihre Herkunftsländer zu tun gedenke und ob er für eine „klare Prioritätenverschiebung zugunsten deutscher Familien“ sei. Im Juni führten die Faschisten dazu in der Stadt eine sogenannte „Aktion Ausländerrückführung – Für ein lebenswertes deutsches Augsburg“ in der Stadt durch. Plakate wurden verklebt, Flugblätter verteilt.

Die Stadtverwaltung reagierte mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Die Polizei sorgte dafür, dass die Plakate mit den menschenverachtenden Inhalten wieder abgehängt wurden.

Die Staatsanwaltschaft betrieb in der Folge ein Verfahren gegen die drei Verantwortlichen der Faschistenvereinigung Wuttke, Saur und Teufel wegen Aufruf zu Hass, Gewalt und Willkür gegen Ausländer und damit wegen Störung des öffentlichen Friedens. Das Verfahren am 20. Januar 2003 endete mit der Verurteilung der Drei zu jeweils 70 Tagessätzen.

Die Faschisten ließen sich jedoch nicht beirren und setzten den gesamten Vorgang ins web-Gästebuch der SPD Augsburg. Der OB ließ das entfernen und informierte seine Parteigenossen per Umlauf in der Fraktion über den Sachverhalt.

Soweit so gut? – Wir meinen nicht!

Die Öffentlichkeit hat die SPD nämlich sorgfältig außen vor gelassen. Weder in der Presse noch durch sonstwelche Veröffentlichungen hat die Stadtführung oder die SPD die Bürger der Stadt von diesen ungeheuerlichen Vorgängen informiert. Wir haben es auch nur über die Internet-Seiten der Faschisten erfahren.

Durch Ignorieren anstatt die Öffentlichkeit gegen sie zu mobilisieren wird man den Faschisten langfristig nur mäßig beikommen können.

Allerdings: Der gesamte Stadtrat ist immer über die Tätigkeiten der Faschisten am Ort informiert. Regelmäßig wird die Zeitung der Faschisten „Neues Schwaben“ in die Fächer der Parlamentarier gelegt. Diese sind nicht öffentlich zugängig. – Wer hat sie da reingelegt?

jol ■

Staatsanwaltschaft München stellt Ermittlungsverfahren ein

Die Staatsanwaltschaft in München hat das Ermittlungsverfahren gegen zwei österreichische Träger von Hakenkreuzorden beim Pfingsttreffen der Gebirgsjäger 2002 am Hohen Brendten in Mittenwald eingestellt. Jetzt drängt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten darauf, diejenigen Teilnehmer des vorjährigen Traditionstreffens auf dem Gelände der 10. Bundeswehr-Panzerdivision, die schwerer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit verdächtig sind, endlich strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Die Staatsanwaltschaft führte aus, die beiden ehemaligen Angehörigen der 1. Gebirgsdivision der Wehrmacht hätten nicht gewusst, dass das Tragen von Hakenkreuzorden in Deutschland verboten sei, und sie hätten nicht das NS-Regime verherrlichen wollen. Zudem seien die Hochbetagten mit der Einleitung des Ermittlungsverfahrens genug bestraft worden.

Zu weiteren Strafanzeigen gegen rund einhundert ehemalige Angehörige der 1. Wehrmachts-Gebirgsdivision, von denen sich vermutlich eine unbekannte Anzahl unter den Teilnehmern des Treffens befand, erwartet die VVN-BdA noch Stellungnahmen der Zentralstellen für die Verfolgung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg und Dortmund sowie von der Generalstaatsanwaltschaft München.

Jugendliche, die Pfingsten 2002 während des Treffens auf die vermuteten NS-Straftaten und möglichen Täter aufmerksam machten, waren zeitweilig von Ermittlungen der Polizei und der Justiz wegen „Beleidigung“ und „Hausfriedensbruchs“ betroffen. Inzwischen wurden diese Ermittlungen eingestellt.

Nicht nur die Justiz, sondern auch die Bundeswehr, die seit Jahrzehnten die umstrittenen völkisch-militaristischen Gebirgsjägervereinigungen auf ihrem Gelände bei Mittenwald ihre Treffen abhalten lässt, wurde in die Pflicht genommen. In einem Brief an den zuständigen General in Sigmaringen, dem Sitz der Division, heißt es: „Sie, Herr General Oerding, waren 2002 als Chef der 10. Panzerdivision Gastgeber der Wehrmachtsveteranen und Bundeswehrreservisten der Gebirgstruppe. Und sie werden es vermutlich dieses Jahr wieder sein. Wir ersuchen Sie, nunmehr auch den Opfern mancher dieser Veteranen Gelegenheit zu geben, sich zu treffen. Bitte stellen Sie dazu in Mittenwald zu Pfingsten 2003 geeignete Einrichtungen der Bundeswehr zur Verfügung.“

Antifaschisten der VVN-BdA und des Historikerkreises „angreifbaretraditionspflege“ planen für den 7./8. Juni 2003 ein Treffen in Gestalt eines Hearings, eines Mahngangs und einer Versammlung auf dem Parkplatz vor dem Hohen Brendten in Mittenwald, dem höchstgelegenen deutschen Kurort. Teilnehmen werden Vertreter der griechischen Opfergemeinden, die von SS- und Wehrmachtsverbrechen schwer betroffen waren, ferner italienische Überlebende des Verbrechens von Kephallonia, deutsche Zeitzeugen und Opfer des Faschismus sowie Historikerinnen und Historiker. Sie wollen über das Geschehene informieren und der Forderung nach Entschädigung der Opfer wie der Bestrafung der Täter Nachdruck verleihen. *Ulrich Sander* ■

Kontakt: angreifbare.tradition@freenet.de

Fortsetzung von Seite 1, NPD-Verbot:

Solange das Parteiengesetz so bleibt, wie es ist, werden die NPD und andere Nazi-Parteien weiter an Wahlen teilnehmen können, staatliche Steuermittel in Anspruch nehmen, ihre braune Hetze in Rundfunk, Fernsehen und auf der Straße unter dem Schutz der Polizei weiter verbreiten können.

Auch der schwarz-braune und gelbbraune Rand dieser Republik wird durch die Einstellung des Verfahrens ermutigt. Leute wie Möllemann von der FDP, Gauweiler und Uhl von der CSU, die Vertriebenenverbände, Einrichtungen wie die Stiftung Weikersheim, das Deutschland-Magazin, Ex-Generalbundesanwalt von Stahl und ihre Freunde – solche angebräunten Gestalten, publizistischen Organe und Verlage werden Oberwasser bekommen.

Verlierer dagegen sind nicht nur Schily und Beckstein und vielleicht der eine oder andere Leiter eines Verfassungsschutzamtes, der möglicherweise seinen Hut nehmen muss. Verlierer sind alle demokratischen Kräfte, vor allem auch der organisierte Antifaschismus, die vielen lokalen Bündnisse gegen Rechts, die sich in den vergangenen Jahren bemüht haben, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Neonazismus zurück zu drängen und denen jetzt der Bundesrechnungshof die ohnehin geringen staatlichen Mittel streichen will. Verlierer sind vor allem Flüchtlinge und MigrantInnen. Sie waren schon bisher die häufigsten Opfer der Neonazis. Sie werden jetzt noch mehr in Angst leben – vor der offiziellen fremdenfeindlichen Politik ebenso wie vor dem organisierten Neofaschismus.

Der „Aufstand der Anständigen", von Schröder und seinem Kabinett vor Jahren ausgerufen, um Rechtsextremismus, Antisemitismus und fremdenfeindliche Gewalt zurück zu drängen, ist vollständig gescheitert. Abwehr und Diskriminierung von Flüchtlingen, Abschiebungen und Asylknäste, Schikanen und Hindernisse vor jeder Einbürgerung, Fremdenfeindlichkeit bestimmen mehr als zuvor das öffentliche Klima. Es wird kälter in diesem Land.

Konsequenzen

Ein erneuter Anlauf zur Zurückdrängung von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Neofaschismus ist nötig. Das steht schon jetzt fest. Vorschläge wie die Einrichtung einer unabhängigen Beobachtungsstelle gegen Rechtsextremismus, die Aufhebung fremdenfeindlicher Gesetze oder die Forderung nach Einfügung einer antifaschistischen Klauseln in das Grundgesetz sind bekannt und jetzt wichtiger denn je.

Dass Geheimdienste Fremdkörper in jeder Demokratie sind, Bürgerrechte nicht schützen, sondern gefährden, und deshalb besser heute als morgen aufgelöst gehören, ist ebenfalls eine seit Jahren auf der politischen Linken – leider selbst dort nicht von allen – erhobene Forderung. Wie richtig diese Kritik ist, ist jetzt wieder einmal bewiesen. Ob die Aussichten für ihre Realisierung aber dadurch gestiegen sind, ist zweifelhaft. Schily, Beckstein und Konsorten werden sich ihre Schnüffler nicht nehmen lassen wollen. Trotzdem sollte das eine weitere Konsequenz aus einer Einstellung des Verfahrens sein. Diese Dienste gehören nicht reorganisiert, wie es jetzt aus Kreisen der Grünen und der SPD zu hören ist. Diese Dienste gehören aufgelöst – jetzt und für alle Zukunft.

Rüdiger Lötzer war bis Oktober Mitarbeiter der innenpolitischen Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke.

ver.di gewährt Kriegsdienstverweigerern Rechtschutz

„Die Gewerkschaft ver.di wird ihren Mitgliedern, d.h. Soldaten, die bei einem eventuellen militärischen Einsatz gegen den Irak den Kriegsdienst verweigern, Rechtschutz gewähren", teilte Michael Wendl, stellvertretender Landesbezirksleiter von ver.di Bayern, mit.

Die Vorbereitung oder Unterstützung eines Angriffskrieges sei nach Artikel 26 Grundgesetz unter Strafe gestellt und verstoße gegen die Verfassung. Michael Wendl erklärte, Äußerungen von Konstantin Wecker und Tobias Pflüger bei Kundgebungen in München, in denen zur Kriegsdienstverweigerung aufgefordert wurde, seien völlig legitim und würden durch das Grundgesetz nicht nur bestätigt, sondern sogar gefordert. Anders lautende Ankündigungen der Polizei verrieten ein zumindest gestörtes Verhältnis zum Grundgesetz, sagte Wendl. Mit solchen Drohungen versuche die Polizei - die dafür im übrigen rechtlich nicht zuständig sei - die Gegner eines Krieges einzuschüchtern.

Kontakt: Michael Wendl 0 89 / 599 77 - 25 00, (Hans Sterr, 12.02.2003) ■

Europäische Gewerkschaftsbewegung sagt Nein zum Krieg:

„Als gewerkschaftliche Organisationen aus Europa lehnen wir diesen Krieg ab", heißt es in einer Erklärung verschiedener europäischer Gewerkschaftsgruppierungen: „Die Gewerkschaftsbewegung muss die Bemühungen gegen den Krieg unterstützen und vorantreiben. Demonstrationen wie jene, die am 15. Februar in aller Welt stattfanden, sind ein wichtiges Moment, weil sie zeigen, dass wir weltweit Millionen sind, die sowohl den Krieg als auch das Diktat der amerikanischen Regierung und der Militärs ablehnen.

Wir sind solidarisch mit allen ArbeiterInnen, die den Kriegsdienst verweigern und die Teilnahme an den Kriegsvorbereitungen ablehnen. Wir unterstützen Aktionen des Widerstands, wie sie in ganz Europa entstehen, die Blockade von Militärzügen, die Weigerung, die NATO-Flotte anlegen zu lassen ... Die Gewerkschaftsbewegung hat die Verantwortung, die Mobilisierung gegen den Krieg zu erhöhen und dies in die Betriebe zu tragen.

In Italien wird heute die Losung ‚Streik gegen den Krieg' von der Mehrheit der Gewerkschaftsbewegung getragen. Dies muss mit den Beschäftigten in ganz Europa als entschiedene Aktion der Ablehnung des Kriegs diskutiert werden. Streikaktionen, neue massive Demonstrationen der Bürger und Bürgerinnen in der Welt, Aktionen in den Wohnvierteln, den Betrieben, den Verwaltungen, ... können die amerikanische Regierung und seine Verbündeten zurückdrängen.

Paris, 23. Februar 2003
Quelle: labour.net ■

ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

Protestaktion am Awacs-Standort Geilenkirchen am 8. März

Internationales Jugendworkcamp Bergen-Belsen, 13.- 20.4.2003

Zum Internationalen Jugendworkcamp laden christliche und gewerkschaftliche Jugendverbände. 60 Jugendliche aus 6 Ländern pflegen bauliche Reste, machen Baracken des ehem. Kriegsgefangenenlagers und KZ symbolisch wieder erkennbar, sprechen mit Verfolgten des Faschismus und heute von Asylpolitik Betroffenen. Die Umgebung von Bergen-Belsen mit dem größten, bereits von den Nazis angelegten, Truppenübungsplatz sowie Mord und Anschläge von NeoNazis in der Umgebung werden ebenso Thema sein wie Zwangsarbeit, Ausgrenzung, Militarismus und Krieg.

Zum Jahrestag der Befreiung gestaltet das Jugendworkcamp gemeinsam mit anderen Gruppen am Ostersonntag 20.4.03 die öffentliche Gedenkfeier auf dem Friedhof der sowjetischen Kriegsgefangenen und im Bereich des ehemaligen Großen Frauenlagers in Bergen-Belsen.

Die Teilnahme kostet Euro 50,- . Darin enthalten sind alle Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Aktivitäten und Programm. Die Woche ist als Bildungsurlaub anerkannt.

Information und Anmeldung bei: DGB-Gewerkschaftsjugend Niedersachsen, H-D. Charly Braun, Dreyerstr. 6, 30169 Hannover, T. 0511-456252, T. 0511-1260161, Fax 0511-1260157

Bergen-Belsen und die Workcamps:

Die Gedenkstätte ist ein, als Parkanlage gestalteter, großer Friedhof. „Man kann sich hier gar nichts vorstellen“ sagen besonders junge BesucherInnen ständig. Seit 10 Jahren machen Jugendiche die „steinernen Zeugen“ des Holocaust sichtbar. Gruppen von SchülerInnen, Auszubildenden, Jugendverbänden haben Barackenfundamente, Lagerstraße und Entlausung freigelegt und parallel dazu im Archiv der Gedenkstätte Fotos, Dokumente zu eben diesen Orten aufgestöbert. Vieles kam beim Graben zu Tage. Sowjetische Münzen, Eßgeschirr, Stacheldraht usw.; Dinge die auf eine Geschichte von Menschen schließen lassen. Das „Spuren suchen, Spuren sichern“ macht Bergen-Belsen begreifbar.

Delegierte von fast 200 Schulklassen und Jugendgruppen aus ganz Niedersachsen legten 2001 ein 2,4 km langes „Band der Namen“ aus, mit vierzigtausend Namen ehemaliger Bergen-Belsen-Häftlinge.

„Aggressiv-kämpferisch gegen die Verfassung“

Das schleswig-holsteinische Innenministerium hat am 7. März die Wählergemeinschaft „Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck“ einschließlich eventueller Ersatzorganisationen mit sofortiger Wirkung verboten und aufgelöst.

Wie Innenstaatssekretär Ulrich Lorenz sagte, richte sich der Verein gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung. Die Polizei habe bereits am Vormittag des 7.3. die entsprechenden Schritte unternommen. Die Verbotsverfügung wurde den drei Vorstandsmitgliedern zugestellt und das Vereinsvermögen beschlagnahmt.

Die Wählergemeinschaft wurde am 7. Oktober 2002 gegründet, um bei den Kommunalwahlen 2003 in Lübeck als „nationale Opposition“ anzutreten. Sie erhielt bei den Kommunalwahlen am 2. März 0,8 % der Stimmen.

Da die Wählergemeinschaft keinen Parteienstatus hat und laut ihrer Satzung nur bei Kommunalwahlen mitwirken will, war ein Verbot durch das Landesinnenmnisterium möglich. Gegen die Verbotsverfügung kann innerhalb eines Monats Klage beim Oberverwaltungsgericht in Schleswig erhoben werden.

Ausschlaggebend für das Verbot sind nach Aussage von Innenminister Lorenz die in den Programmen formulierten Ziele, das Auftreten in der Öffentlichkeit, die Publikationen und die Äußerungen und Grundeinstellungen der Funktionäre.

Im einzelnen verstoßen Programmatik und Äußerungen der Wählergemeinschaft gegen das Demokratieprinzip, das Diskriminierungsverbot, das Verbot der Ausbürgerung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Außerdem werde die Bundesrepublik Deutschland verunglimpft.

Die Programme und das Werbematerial wiesen an mehreren Stellen eine Sprache auf, die dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch wesensverwandt sei. Das alles geschehe in aggressiv-kämpferischer Weise. „Äußerungen der Wählergemeinschaft sind nicht mehr als bloße Kritik zu sehen, sie stellen vielmehr eine systematische Propaganda dar, die von hetzerischer Agitation geprägt wird“, sagte Lorenz

Quelle: Pressemitteilung des Innenministeriums Schleswig-Holstein, E-Mail: Pressestelle@im.landsh.de ■

Belege für die einzelnen Verbotsgründe:

Aus dem Grundsatzprogramm

„7. Nation

Im Gegensatz dazu fordern wir von allen Volksgenossen die Einordnung in und aktive Mitarbeit für die Volksgemeinschaft. Da dies von Angehörigen fremder Völker weder verlangt noch erwartet werden kann, steht ihnen auch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft zu. Im deutschen Nationalstaat ergibt sich die Staatsbürgerschaft daher in der Regel ausschließlich aus der Abstammung.“

„8. Staat

Der Einfluss von Ausländern auf die Staatsführung findet im deutschen Volksstaat nicht statt.“

„9. Deutschland

Alle in Deutschland lebenden Menschen fremder Abstammung, auch die in Deutschland geborenen, verlieren bei der Amtsübernahme einer nationalen und sozialistischen Regierung ihre deutsche Staatsbürgerschaft und unterstehen den Ausländergesetzen. Alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten der deutschen Nation werden von der nationalistischen Freiheitsbewegung in den Dienst des deutschen Volkes gestellt, gemäß dem Grundsatz „Deutschland den Deutschen!“

Kommunalwahlprogramm

„B. Für die Bewahrung unserer Lübecker Identität und Kultur - Lübeck den Deutschen.

Der immer deutlicher zutage tretende Verlust von Lebensqualität, Urbanität und gesunder Natur mittels der zunehmenden Überfremdung durch massive Zuwanderung fremder Menschen, sowie dem Verlust von Identität ist unübersehbar und überall spürbar.

1. Bewahrung unserer Heimat in einer deutschen Hansestadt

An allen Lübecker Schulen sind ausländerfreie Klassen einzuführen, da Kinder und Schüler aus Klassen mit hohem Ausländeranteil nachweislich Bildungschancen haben. Sofortige Einstellung sämtlicher städtischer Zahlungen an Nichtdeutsche, wie beispielsweise Sozialhilfe. Den Entzug der Ausländererlaubnis für alle Ausländer, die länger als 3 Monate arbeitslos sind! Ein kommunales Arbeitsplatzsicherungsgesetz, das die Vermittlung von ausländischen Arbeitskräften in Lübeck untersagt, solange qualifizierte deutsche Lübecker arbeitslos sind! Die Einführung einer kommunalen Sondersteuer für Unternehmen, die Ausländer beschäftigen! Eine geschlossene Unterbringung und bessere Betreuung aller in Lübeck weilenden Asylbewerber während ihres Asylprüfungsverfahrens. Beendigung jeglicher Förderung von Gruppen religiöser ausländischer Minderheiten durch die öffentliche Hand.“

Flugblätter/Plakate

„Heimat, Kultur, Sprache und völkische Identität sind Menschenrechte! Weil unsere Kinder in ihren eigenen Schulen nicht zur Minderheit werden sollen! Die Pisa-Studie lässt grüßen! Bildung ist Zukunft – nicht Multi-Kulti!“

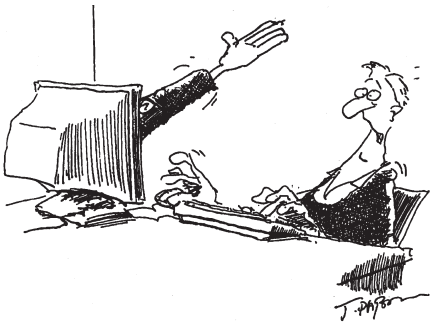
Internetveröffentlichungen

„Konsequente und sofortige Abschiebung aller straffällig gewordenen Ausländer! Widerstand jetzt!“

Auszüge aus der Belegliste des Innenmnisteriums

Nicht Indy, sondern Alter:

Die rechtsextreme Seite Altermedia



Seit Anfang des Jahres ist eine neue rechtsextreme Website namens Altermedia online. Das Konzept erinnert an das linke Medien-netzwerk Indymedia

Schon die Adresse http://de.altermedia.info lässt sich nicht ganz einfach merken, jedenfalls nicht, wenn man sie verlegt hat und mal schnell zeigen will, was für eine schlimme Website das eigentlich ist. Hat man sie endlich parat, geht alles ganz schnell. Die Seite spult beim Start eine kleine Bilderserie ab, die ahnen lässt, was im Folgenden zu erwarten ist. Die brennenden Türme des New Yorker World Trade Center erscheinen für einen Augenblick am oberen Bildrand und machen dann der Überschrift Platz: „No Corporate, No Lobbies, No Government – only Altermedia Info."

Altermedia ist optisch an die Gestaltung der Startseite von Indymedia angelehnt. Auch die fortlaufende Veröffentlichung von Beiträgen zu aktuellen politischen Themen wirkt wie abgeguckt. Damit aber hören die Parallelen bereits auf. Denn während das linke Netzwerk einem ausgesprochen großen Spektrum dient, handelt es sich bei Altermedia um rechtsextreme Propaganda in der Verpackung einer alternativen Nachrichtenseite.

Der erste im deutschen Archiv abrufbare Beitrag stammt vom 19. Januar und handelt vom Neonazi-Troubadour Frank Rennicke. Von diesem Datum an bietet Altermedia jeden Tag die unerfreulichste Mischung von Nachrichten, die man sich vorstellen kann. Ob Aufmärsche deutscher Neonazis, Schändungen jüdischer Friedhöfe oder Jürgen W. Möllemanns Wiederwahl zum Präsidenten der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, Altermedia liefert eine Fülle von im typischen Nazijargon abgefassten Berichten. Dabei bleiben die Beiträge üblicherweise scharf an der Grenze zur Hetze und sind mit rhetorischen Distanzierungen von Straftaten abgesichert.

An vielen Tagen werden mehr als zehn Beiträge auf Altermedia veröffentlicht. So nimmt etwa der mögliche Irakkrieg sowie der Widerstand dagegen einen hohen Stellenwert ein. Auch spöttische Berichte über Aktionen der Antifa oder hämisch kommentierte Zeitungsmeldungen gehören zum Repertoire. Beim Lesen der Beiträge fallen immer wieder antisemitische Stereotypen sowie eine vehemente Gegnerschaft zu Israel und den USA auf.

Die verschwörungstheoretische Verblendung von Altermedia wird in der Selbstbeschreibung deutlich. „Die offiziellen Medien sind ein Werkzeug einiger Finanzgruppen, die uns mehr oder weniger offensichtlich ihre Ansichten aufdrängen wollen. Und die wenigen alternativen Medien haben sich schnell auf den politisch korrekten Kurs ausgerichtet und zensieren jeden, der nicht antideutsch genug denkt."

Altermedia nennt sich selbst „The People's Voice". Welche „People" gemeint sind, erfährt der Leser in der Rubrik „Fragen an Altermedia". „Patrioten oder Nationalisten, Radikale oder Konservative, Nationalrevolutionäre oder Identitätswahrer, Freidenker oder Neue Rechte, Traditionalisten, Heiden, Katholiken, Sympathisanten der palästinensischen Freiheit, Umweltschützer oder Freunde alternativer Musik, völkische Sozialisten und Globalisierungsgegner - sie alle haben eines gemeinsam: Man entzieht ihnen den Zugang zu den Medien." Diesen Zugang wollen die Betreiber von Altermedia nun herstellen. Das Motto lautet schlicht: „Wir helfen! Altermedia: Die Stimme des Volkes!"

Allerdings kann das gewünschte Volk nicht direkt an der Seite teilnehmen. Ein markanter Unterschied zu Indymedia besteht nämlich darin, dass es auf Altermedia keine Möglichkeit zum Open Posting oder zum Kommentar gibt. Lakonisch bekennt man: „Ein Forum werden wir hier nicht haben, es geht nur darum, Informationen zu verbreiten." Die Mitarbeit stellt man sich bei Altermedia so vor: „Wenn Sie während des Netzbesuches einen interessanten Artikel finden, senden Sie uns einen Text als ‚Beitrag' (.) zu. Oder wenn Sie eine ‚politisch unkorrekte' Aktivität organisieren, falls Sie über eine Demonstration oder eine Aktivität berichten wollen."

Altermedia wird mittlerweile in neun Ländern betrieben, darunter Spanien, Belgien, Griechenland, Kanada, Rumänien und die USA. Beiträge der nationalen Ableger werden veröffentlicht, wenn sie von übergeordnetem politischen Interesse sind. Es spricht also einiges dafür, dass hinter Altermedia eine engere Kooperation steckt.

Der Ursprung von Altermedia liegt nach eigener Auskunft in Frankreich, wo die Seite bereits Ende des Jahres 2002 eingerichtet wurde. Die Domain altermedia.info soll zum Internetangebot des US-amerikanischen Antisemiten David Duke gehören. Er bekleidete in den siebziger Jahren eine hohe Position im Klu Klux Klan und zählt zu den bekanntesten Rechtextremisten der USA. Er vertritt vehement die These, „jüdische Agenten" hätten die Anschläge des 11. Septembers ausgeführt. Duke betreibt eine ganze Palette propagandistischer Webseiten, darunter die seiner European-American Unity and Rigths Organisation (www.whitecivilrights. com) und sein eigenes Portal www.duke.org. In Deutschland war er im Jahr 1996 Gast bei einem Fest der DVU in der Passauer Nibelungenhalle und im Jahr 2002 Redner auf dem Pressefest der Deutschen Stimme.

Die Betreiber der deutschen Seite von Altermedia sind unbekannt, stehen aber offenbar in enger Verbindung zu anderen rechtsextremen Internetaktivisten.

Auffällig viele Beiträge kommen vom Stoertebeker-Netz sowie von Radio Freiheit. Dennoch ist Altermedia zur Zeit nicht mehr als ein weiteres rechtsextremes Netzprojekt, das auf eine größere Öffentlichkeit noch keinen Einfluss haben dürfte. Nicht einmal als Querfrontplattform eignet sich die Initiative, dazu ist die rechtsextreme Gesinnung der Macher zu offensichtlich. Und weil es kein Open Posting gibt und keine Möglichkeit zum Kommentar, finden nicht einmal die bei Indymedia schreibenden Neonazis eine neue Spielwiese.

Arne Norden in Jungle World, 5.3.2003

Quelle: hagalil.com 6-3-03 ■

Dieses Plakat ist eines aus einer Reihe von Plakaten, die der Verein Leben und Arbeiten in Gallus und Griesheim (LAGG) in Frankfurt an Litfasssäulen in U-Bahn-Stationen kleben lässt.

Kein Werben fürs Sterben!

Bundeswehr plant Gelöbnis auf dem Hamburger Rathausmarkt

Nach Planungen des Hamburger Senates wird die Bundeswehr am 16.6.03 ein Gelöbnis auf dem Rathausmarkt abhalten. Dagegen ruft das Netzwerk gegen dien Gelöbnis in Hamburg zum Widerstand auf. Das Hamburger antimilitaristische Netzwerk aus Gruppen und Einzelpersonen „040DoS. Hamburg denial of service“ wendet sich seit seiner Gründung gegen die Militarisierung der Gesellschaft im Ganzen. In diesem Sinne protestiert es gegen die Planung einer öffentlichen „Ehrung“ des deutschen Militärs auf dem Hamburger Rathausmarkt und kündigt weitergehenden, störenden Widerstand an, sollten die Planungen in die Realität umgesetzt werden.

„Wir werden alle demokratisch vertretbaren Mittel einsetzen, um diese Veranstaltung ganz zu verhindern oder zumindest zu stören“, so ei Beteiligter des Netzwerks. „Armeen sind die Manifestationen antidemokratischer Strukturen schlechthin. Gegen ihr schlichtes Bestehen oder gar ihren Einfluss auf gesellschaftliche Fragen sollten sich alle kritisch denkenden Menschen zu handeln aufgerufen fühlen!“

Die Bundeswehr verfolgt seit einigen Jahren eine Imagekampagne, um ihr Ansehen in der Bevölkerung aufzubessern. Neben den Propagandaschauen „Unser Heer“, „Unsere Marine“ und „Unsere Luftwaffe“ sind auch die zunehmend öffentlich abgehaltenen Gelöbnisse der Versuch, die Bundeswehr als Bestandteil der Zivilgesellschaft und normalen Arbeitgeber zu stilisieren. So sollen die Grenzen zwischen militärischem und zivilem Leben verwischt und die Bundeswehr als Mittel der Politik gesellschaftsfähiger gemacht werden. Keine deutsche Armee ist jemals ein Instrument des Friedens gewesen, und die Bundeswehr ist es auch nicht. Sie ist in ihrem eigenen, offiziellen Auftrag nach vielmehr für die „Sicherung des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ (Weißbuch des Bundesministeriums für Verteidigung) zuständig. Diese Armee gehört aufgelöst, ihr Material verschrottet und ihre finanziellen Mittel in die zivile, lokale und internationale Konfliktarbeit gesteckt. Dazu will das Netzwerk beitragen, indem es kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit gegen die Bundeswehr leistet.

Das Netzwerk fordert: • Bundeswehr abschaffen! • Kein Gelöbnis in Hamburg!

Kontakt: 040DoS. hamburg denial of service: web: http://hamburg.geloebnix.de – mail: 040dos@so36.net
Die Desertöre: web: www.desertoere.de - mail: info@desertoere.de ■

Späte Gerechtigkeit ...

Fast zwei Jahre ist es jetzt her, dass die lange erwartete Auszahlung der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ an die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen endlich begann.

Leider laufen die Auszahlungen zum Teil sehr schleppend. Besonders hart betroffen sind davon die ZwangsarbeiterInnen, die in den Verhandlungsrunden salopp „Der Rest der Welt“ genannt wurden. Da diese Gruppe bereits am Verhandlungstisch nicht vertreten war, geriet die ihnen zugebilligte Summe viel zu gering. Durch die große Heterogenität dieser Gruppe, aber auch durch Organsiationsfehler der für sie zuständigen Partnerorganisation IOM (International Migration Organisation), verzögert sich die Auszahlung der ersten Rate im Vergleich zu den anderen Partnerorganisationen erheblich.

Der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte beobachtet diese Entwicklung seit Längerem mit großer Besorgnis und möchte öffentlich und emotional auf diese Situation aufmerksam machen. Dazu soll eine Fotoausstellung dienen , Titel: „Späte Gerechtigkeit“.

Der Kölner Fotograf Manfred Linke porträtiert 15 ZwangsarbeiterInnen aus der ganzen Welt. Im Vordergrund steht dabei die Frage „Was machen Sie mit der Zwangsarbeiterentschädigung?“

Der Bundesverband erhielt z. B. kürzlich ein Schreiben des 85-jährigen Borys F. aus der Nähe von Chicago. Seine 77-jährige Frau, Zwangsarbeiterin in Deutschland mit 16 Jahren, erlitt kürzlich einen Schlaganfall. Nun ist sie schwerstbehindert, und es fehlt das Geld für die dringende medizinische Versorgung. Vor genau zwei Jahren hatte der Bundesverband für Herrn F. den Antrag bei der Bundesstiftung gestellt!

Aus diesem Beispiel wird deutlich, dass die Entschädigung in vieler Hinsicht oft von existenzieller Bedeutung ist.

Das geplante Ausstellungsprojekt wird bisher vom Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte, der IG Metall und dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ unterstützt. 18000 Euro sind bisher zur Finanzierung eingegangen. Es werden aber noch Sponsoren gesucht, die die Patenschaft für eines der geplanten Porträts übernehmen.

Der Fotograf Manfred Linke wird 15 NS-ZwangsarbeiterInnen besuchen, porträtieren und interviewen und sie so stellvertretend für eine Million andere nach Deutschland holen. In einer Bild- und Toninstallation wird ncht nur die heutige Lebenssituation dargestellt sondern auch die Frage beantwortet, welche Wünsche sie sich mit der späten Entschädigungszahlung erfüllen wollen. Beim Abschied erhalten sie leicht zu bedienende (Einweg-)Kameras und frankierte Rückumschläge mit der Bitte, regelmäßig Fotos von sich und ihrem Alltag aufzunehmen. Diese werden dann in die reisende Ausstellung ständig eingearbeitet, so dass die Besucher die Entwicklung der einzelnen Lebensgeschichten verfolgen können.

„Wenn ich meine Entschädigung habe ...
... suche ich auf dem Friedhof einen Platz für mich – für die Ewigkeit.“

Nach der Reise der Ausstellung durch Deutschland soll sie an einem festen Ausstellungsort installiert werden. Die Materialien der Ausstellung sollen auch für Fortbildungszwecke, als Unterichtsmaterial u.ä. verfügbar gemacht werden.

Die Reise der Ausstellung ist auf ca. zwei Jahre angelegt. Sie endet, wenn die Porträtierten ihre Wünsche realisieren konnten und die Auszahlungen der Stiftung abgeschlossen sind.

Manfred Linke stellt in einer Broschüre das Ausstellungsprojekt vor. Wer sich genauer informieren will, kann sich dazu an den Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte wenden.

Spenden für das Projekt bitte auf das unten genannte Konto. *u.b.* ■

Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte, Holweider Str. 13-15, 51065 Köln, Tel. 0221-1792940, Fax 0221-17929429, email: info@nsberatung.de
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00, Konto 70 73 100

Zwangsarbeit bei FAG Kugelfischer, Schweinfurt:

Erinnerungen eines italienischen Militärinternierten

Auszüge aus Leonardo Calossi „Anmerkungen zu einer Internierung in Deutschland, 1943 -1945“:

Mit jedem Tag der vergeht, fühle ich mich entkräfteter und am Hosengürtel wird mir klar, wie sehr ich schon abgemagert bin. Die Verteilung der abendlichen Ration ist immer ein Anlass für Diskussionen und Streitigkeiten. Glücklicherweise beginnt und endet alles im Inneren der Baracke, aber es wird notwendig, etwas zu unternehmen, um die unangenehmen Streitereien abzustellen. Zur Abhilfe beschließen wir, alle Essnäpfe auf den Tisch zu stellen, allen die gleiche Portion Suppe einzugießen und dann mit einem Löffel zu sondieren, ob jede Suppe gleich dick ist. Für die Verteilung des Brots hat ein Soldat eine primitive Waage gebaut, die es ermöglicht, jedem ein Stück Brot desselben Gewichts zuzuteilen.

Seit einigen Tagen hat für mich und einige andere die Nachtarbeit begonnen: wir brechen um 16.30 Uhr vom Lager auf, nachdem wir unsere Ration verzehrt haben. Bis zum folgenden Mittag erhalten wir keinen Bissen mehr. Man sagt mir, dass die Nachtschicht 14 Tage dauern wird: ich bin verzweifelt und lebe unter dem Albdruck, nicht in der Lage zu sein, diese Qual durchzustehen. Ich bekomme starke Angstgefühle und voller Verzweiflung beginne ich, über Flucht nachzudenken, verwerfe die Idee aber sofort, weil auf den Straßen hoher Schnee liegt und überall Polizisten Streife gehen, vor allem jedoch, weil mir die Kraft zum Marschieren fehlt. Mein Freund, der Sanitäter, weiß, in welchem Zustand ich mich befinde, und rät mir, meine Uhr gegen Brot einzutauschen. Das Brot der deutschen Arbeiter ist viel nahrhafter als unseres. Tatsächlich tausche ich am folgenden Morgen mit einem deutschen Arbeiter die Uhr gegen vier Kilogramm Brot. Ich nehme mir vor, jeden Tag nur ein Stück davon zu essen, aber der Hunger besiegt jeden guten Vorsatz. Am Schichtende ist bereits ein Kilo vom guten Brot verzehrt. Die Nachtarbeit ist beendet. Tagsüber laden wir Material aus den Güterwaggons. Die Fabrik ist über einen Gleisanschluss mit dem Bahnhof verbunden, und die Waggons fahren bis ins Innere der Fabrik. Es werden Drehbänke unterschiedlicher Größe ausgeladen, einige sind riesig.

An Heiligabend tobt ein schrecklicher Schneesturm. Wir setzen die gewohnt intensive Arbeit fort. Wegen der sibirischen Kälte steigen wir abwechselnd auf den Waggon, um den Flaschenzug zu bedienen, mit dem eine große Drehbank auf den Boden heruntergehoben werden soll. Die Maschine wird danach auf Rollen gestellt und in das Innere der Fabrik geschoben. Während wir entladen, hören wir plötzlich einen herzzerreißenden Schrei und vor unseren Augen spielt sich eine schauderhafte Szene ab: der Soldat Giacomo Cani ist von der Drehbank buchstäblich am Torpfosten zerschmettert worden. Einige Eimer Wasser beseitigen die Zeichen der Tragödie, und die Arbeit geht weiter, so als ob nichts passiert sei.

***

Es ist Weihnachten, aber für uns schon seit Monaten Fastenzeit. Beim Arbeitskommando wird von einem deutschen Priester eine Heilige Messe zelebriert, ansonsten erinnert nichts an das große Fest.

Die Deutschen haben große Eile, sie wollen rasch mit der Produktion beginnen, deshalb müssen wir auch am zweiten Weihnachtstag normal arbeiten.

Einige Kameraden haben das Arbeitskommando bereits aus gesundheitlichen Gründen verlassen müssen. Ich habe schreckliche Angst zu erkranken und meine Tage in der Hölle von Görlitz beenden zu müssen. Wenn die Krankheit schlimmer ist als ein vorübergehendes Fieber, wird der Erkrankte aus dem Lager entfernt, und man erfährt nichts mehr von ihm.

Die Felder entlang unseres Marschweges zwischen Arbeitskommando und Fabrik werden mit Kartoffeln und Roggen bepflanzt. In dieser Gegend, und meines Wissens auch in anderen Regionen Deutschlands, werden die Kartoffeln im Erntefeld selbst aufbewahrt. An einer bestimmten Stelle werden Kartoffelhaufen von einigen Metern Länge, einem Meter Höhe und etwa zwei Metern Breite gebildet. Die Kartoffeln werden sehr sorgfältig mit Roggenstroh und einer dicken Schicht Erde bedeckt. Wir haben diese primitiven Aufbewahrungsorte, zwei davon direkt neben der Straße, sehr wohl wahrgenommen. Der dauernde Hunger löscht jedes überlegte Nachdenken aus, die Gedanken kreisen zwanghaft nur noch um die Frage des Überlebens. Da wir Italiener, wenn es ums Improvisieren geht, höchst geschickt sind, reift schnell der Plan, Kartoffeln aus den Kartoffelmieten zu entnehmen. Die Straße, die vom Lager zur Fabrik führt, macht in der Nähe der Ortschaft eine weite hufeisenförmige Kurve. Es ist 5 Uhr morgens und sehr dunkel, als die Kolonne am Anfang der Kurve ankommt. Drei Soldaten treten zwei Schritte aus ihrer Reihe raus, verstecken sich hinter den Stämmen der dicken Linden, lassen die ganze Kolonne vorbeimarschieren, rennen zu den Kartoffelmieten, raffen einige Kartoffeln zusammen, verstecken sie in ihrer Hose, die an den Knien durch die Wickelgamaschen zugeschnürt ist, und nehmen am Ende der Kurve nacheinander, immer verdeckt durch die Stämme der Linden, ihren Platz in der Reihe wieder ein und marschieren weiter ...

Einige Tage danach beschließe ich mit einigen Freunden zusammen, die immer mit mir vom Lager zur Fabrik marschieren, das Abenteuer mit den Kartoffeln zu wagen. Die Wahl fällt auf mich. Ich nehme, genau so, wie es die Soldaten vorgemacht haben, einige Kilo Kartoffeln an mich und teile sie mit den Kameraden. Noch am selben Abend verzehren wir sie, nachdem wir sie auf ganz einfache Weise geröstet haben: wir schneiden sie ungeschält in dünne Scheiben, feuchten sie mit Speichel leicht an, kleben sie auf die glühenden Wände des Ofens und nach einigen Minuten sind sie knusprig gar.

An einem der folgenden Morgen herrscht Schneegestöber und das Lager wird von einem kräftigen Wind durchpeitscht. Die Abzähloperationen vor dem Abmarsch zur Arbeit werden ziemlich schnell durchgezogen. Der Schnee klebt

Buchpräsentation Leonardo Calossi:
Anmerkungen zu einer Internierung in Deutschland, 1943 – 1945
Donnerstag, 13. März, 18.30 Uhr
Rathausdiele Schweinfurt
Gudrun Grieser, Oberbürgermeisterin in Schweinfurt, und Martin Lorenzini, italienischer Konsul in Nürnberg, sprechen Grußworte.
Hans Driesel liest aus den Erinnerungen von Leonardo Calossi.
Kurt Petzold gibt Informationen zur Geschichte und zum Buch.

auf dem Körper und schränkt die Sicht stark ein. Zum Schutz vor der Kälte habe ich aus Stoffstreifen eine Mütze mit Ohrenklappen genäht, weil mein Berghut die Ohren nicht bedeckt. Wegen der strengen Kälte ist es schon zu mehreren Fällen von Ohrenentzündungen gekommen. An diesem Morgen ist der Marsch so anstrengend wie nie. In der Fabrik angekommen, wird die Kolonne angehalten und alle werden durchsucht. Bei zwei Soldaten werden Kartoffeln gefunden, die sie am Körper versteckt haben. Beide Soldaten werden auf der Stelle abgeführt. Nie mehr sollte ich etwas von ihnen hören. ...

* * *

Es ist Neujahr 1944. Im Arbeitskommando geht es wie immer an Feiertagen sehr lebhaft zu. Wir verrichten unsere persönlichen Reinigungsarbeiten. Gegen 10 Uhr müssen wir uns in Reihen aufstellen und anschließend in kleinen Gruppen das Baracken-Lazarett betreten. Wir werden nackt gewogen, bei mir zeigt die Waage 58 Kilogramm an. Mein Normalgewicht liegt dagegen bei circa 70 Kilogramm.

In der ehemaligen Spinnerei hat die Kugellagerproduktion begonnen, und die meisten von uns werden zur Hilfsarbeit eingeteilt. Ich bin der Dreherei zugeteilt worden. Hier wird die Nut in die Lager gedreht, in der die Kugeln oder Rollen laufen. Die Abteilung erstreckt sich über einen weiten Raum mit vier Reihen von jeweils acht Drehbänken. Sie ist drei „Meistern“ unterstellt, die die Produktion leiten und kontrollieren: einer, ein wahres Exemplar der reinsten „arischen Rasse“, schlank, blond, blickt immer finster drein. Ein anderer, ein „Kleiderschrank“, schreit oft, aber hat ein gutartiges Gemüt. Der dritte sieht überhaupt nicht deutsch aus, ein kleiner Typ mit schwarzen Haaren, aber er ist ein guter Kerl. An jeder Drehbank arbeitet ein italienischer Soldat oder ein russischer Gefangener. Meine Maschine ist die zweite der vierten Reihe. In meinem Leben hatte ich noch nie eine mechanische Werkstatt betreten und so habe ich nicht die geringste Ahnung von Maschinen. Der „Blonde“ stellt die Drehmaschine ein und erklärt mir, dass ich genau aufpassen soll, was er macht: er zeigt mir wie das Lager in die Spindel eingespannt und wie das bereits für die Spezialarbeit eingestellte Werkzeug befestigt wird. Danach setzt er per Hand die Kurbel in Bewegung und dreht die Nut in das erste Lager, ein Haltering von fünf Zentimetern Durchmesser, der mit einem eigens dazu bestimmten Apparat und einem Kaliber kontrolliert wird. Die Prüfinstrumente befinden sich auf einem Bord an der Seite der Drehmaschine. Der „Meister“ bearbeitet ungefähr zehn Teile, bis er die notwendige Genauigkeit erzielt. Mit einem Bleistift markiert er den Punkt des Zylinders, bis zu dem die Kurbel gedreht werden darf. Er gibt mir zu verstehen, dass das Lager, wenn dieser Punkt nicht erreicht würde, nachbearbeitet werden müsste. Wenn dieser Punkt dagegen überschritten würde, wäre das Lager zu weit gedreht und müsste zum Ausschussmaterial geworfen werden. Er fordert mich schließlich auf nachzumachen, was er mir kurz vorher gezeigt hat. Nach anfänglicher Unsicherheit werden meine Bewegungen immer geübter und nach kurzer Zeit bin ich zum Metallmechaniker angelernt.

Ich habe die neue Arbeit fast gerne angenommen, unter anderem deswegen, weil ich mich in einem geschlossenen, beheizten Raum aufhalten kann. Aber diese Arbeit ist auch sehr ermüdend, weil ich gezwungen bin zwölf Stunden gebeugt über der Drehbank zu stehen, und weil ich viel Kraft aufbringen muss, um sie mit dem Arm in Bewegung zu setzen. Die vorgeschriebene Mindeststückzahl ist verglichen mit unseren Fähigkeiten sehr hoch und zwingt uns zu pausenloser, konzentrierter Arbeit. Nacharbeit oder Ausschuss könnten als Sabotageakt betrachtet werden, und der Verantwortliche, ob Internierter oder Gefangener, könnte dem Status des politischen Gefangenen unterworfen und in ein Vernichtungslager geschickt werden. Leider haben sich später solche Fälle zugetragen. In den meisten Fällen handelte es sich dabei um bedauernswerte Soldaten, Analphabeten oder fast Analphabeten, gänzlich ungeeignet für spezialisierte Arbeiten.

Vorwort des italienischen Botschafters zu CCalossis Buch:

Im Rahmen der zahlreichen Initiativen, die in diesen letzten Monaten ergriffen wurden zur Erinnerung an das Opfer der vom Dritten Reich im zweiten Weltkrieg eingesetzten ehemaligen Zwangsarbeiter gewinnt die Veröffentlichung in deutscher Sprache von „Kleine Anmerkungen zu einer Internierung in Deutschland 1943 - 1945“ von Leonardo Calossi eine besondere Bedeutung.

Sie entspringt dem Wunsche deutscher Bürger, der eigenen Bevölkerung das vergessene Thema der Zwangsarbeiter wieder ins Bewusstsein zu rufen und es in seiner richtigen historischen Perspektive einzuordnen. Die ausländischen Zwangsarbeiter mussten nicht nur die Kriegsanstrengungen der Naziherrschaft unterstützen, sie legten auch den Grundstein für jene „industrielle Kontinuität“, die für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in der Nachkriegszeit von nicht geringer Bedeutung war.

Unter diesen Zwangsarbeitern waren über 500 000 italienische Soldaten, die im Anschluss an ihre Gefangennahme nach dem 8. September 1943 ein grausam hartes Schicksal erlitten, entzogen jeglichem Schutz und jeder Garantie der internationalen Konventionen. Die Geschichtsforscher schätzen, dass zwischen 30 000 und 50 000 junge Soldaten nicht nach Italien zurückgekehrt sind.

An das Opfer der italienischen Militärinternierten heute zu erinnern, bedeutet nicht nur, den Zeitgenossen die Ereignisse des zweiten Weltkrieges >sic et simpliciter > nochmals darzulegen, sondern auch zu versuchen, die Erfahrung der Vergangenheit mit der Realität des heutigen Europa in Beziehung zu bringen.

Der europäische Integrationsprozess entwickelte sich gerade aus dem Willen der Gründungsväter, für immer die Wiederholung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen abzuwenden, die den Aufstieg totalitärer Regime und die Entstehung zweier Weltkriege begünstigt haben. Die Hoffnung auf Frieden, die in den Herzen aller Menschen wohnte, hat ein neues Modell des Zusammenlebens ermöglicht; heute zeigt sich Europa außergewöhnlich und definitiv anders als vor dem Zweiten Weltkrieg.

Und genau dieses Hoffnungsgefühl ist es, das den Leser der „Anmerkungen“ am stärksten beeindruckt. Aus meiner Erfahrung bei Begegnungen mit Heimkehrern weiß ich, dass das Bedürfnis, die Erinnerung den künftigen Generationen zur Mahnung zu überliefern, zusammen mit einem höchst ausgeprägten Gefühl der Hoffnung stärker sind als der Groll und der Wunsch nach Rache. Die Seiten von Leonardo Calossi sind ein klares Beispiel für diese Geisteshaltung; mit großer Genauigkeit zeichnet er das Bild seines und seiner Gefährten täglichen Lebens, erwähnt den „Feind“ auch mit seinen menschlichen Zügen und schafft es bisweilen sogar, uns zum Lächeln zu bringen.

... Die „Anmerkungen“ haben darüber hinaus einen unzweifelbaren historischen Wert, zeigen sie doch noch einmal, wie ungerecht das Los der vom Dritten Reich nach dem 8. September deportierten italienischen Soldaten war. Die juristischen Spitzfindigkeiten, die dazu geführt haben, dass die ehemaligen italienischen Militärinternierten von den Entschädigungsleistungen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ zugunsten der früheren Zwangsarbeiter ausgeschlossen wurden, können die Realität der seinerzeitigen Tatbestände nicht auslöschen.

Berlin, 15.11.2002, Silvio Fagiolo,
Botschafter der Republik Italien, in der Bundesrepublik Deutschland

Keine Entschädigung für frühere Kriegsgefangene

Berlin. Am 3. März entschied das Berliner Verwaltungsgericht, dass ehemalige Kriegsgefangene keinen Anspruch auf Entschädigung von der Bundesstiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft haben. Damit wurde eine Musterklage von zwei armenischen Staatsangehörigen abgewiesen, die als Soldaten der Roten Armee in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten und Zwangsarbeit hatten leisten müssen. Das Urteil wirkt nach: Allein in Italien trifft es 120000 ehemalige Militärinternierte. 45000 von ihnen hatten bereits einen Antrag gestellt, den die Stiftung abschlägig beschieden hatte.

Revision vorm Oberverwaltungsgericht ist noch möglich, aber die Hoffnung zu Lebzeiten noch Entschädigung für erlittene Qualen zu erhalten, ist wieder einmal geringer geworden. ■

Zwei Todesfälle bei Abschiebungen mit Air France

Zwei Todesfälle innerhalb von nur drei Wochen. So lautet die traurige Bilanz des Abschiebegeschäfts der Fluggesellschaft Air France. Im Rahmen der Kampagne deportation. class - Gegen das Geschäft mit Abschiebungen wird mit Aktionen vom 7. bis 9 März 2003 in mehreren Städten und an mehreren Flughäfen Deutschlands gegen die Beteiligung der Air France am Abschiebegeschäft protestiert. Die AktivistInnen in Deutschland weiten damit die bereits in Frankreich begonnene Kampagne gegen Air France international aus (siehe http://www.noborder.org).

Am 30.12.2002 starb der 52jährige Argentinier Ricardo Barrientos bei seiner gewaltsamen Abschiebung in einer Maschine der Air France aus Paris-Roissy. Nur drei Wochen später, am 18.1.2003, wurde Mariam Getu Hagos, ein 24jähriger Somalier, bei seiner Abschiebung vom selben Flughafen getötet. Beide Männer waren nach Augenzeugenberichten gefesselt ins Flugzeug verbracht und dann mit Gewalt in eine vornübergebeugte Haltung gezwungen worden. Auf dieselbe Weise war am 28.5.1999 der Sudanese Aamir Ageeb bei der Abschiebung vom Frankfurter Flughafen getötet worden. Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen fordern die eingehende Untersuchung der Todesfälle. „Nach vorliegenden Sachverständigengutachten über den lagebedingten Erstickungstod (postural asphyxia) ist bewiesen, dass die Atmung einer Person durch auf dem Rücken gefesselte Hände beeinträchtigt werden kann. Wenn in einer solchen Körperhaltung zusätzliches Gewicht auf den Rücken drückt – wie der Druck, der von einem Polizisten ausgeübt wird – können die Atmungsschwierigkeiten sogar noch verstärkt werden.“ (Amnesty International, Presseerklärung vom 22.1.2003.

(http://web.amnesty.org/ai.nsf/recent/EUR210012003!Open)

Trotz zahlreicher Protestaktionen in Frankreich nach Bekanntwerden der beiden Todesfälle ist Air France offenbar nicht bereit, gewaltsame Abschiebungen zukünftig nicht mehr zuzulassen. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 12.2.2003 wurde die togoische Staatsangehörige Dokpe Dikewu am 8.2.2003 bei ihrer Abschiebung mit einem Flugzeug der Air France von den begleitenden Beamten misshandelt und erlitt erhebliche Verletzungen.

Dass es auch anders gehen kann, haben zahlreiche Aktionen in den letzten Wochen deutlich gemacht. Am Frankfurter Flughafen verhinderten AktivistInnen am 17. Februar die Abschiebung von Frau Ngesi Oginia Kuko über Paris nach Kamerun durch Air France (Frankfurter Rundschau vom 18.2.03). Sie konnten den Pilot überzeugen, dass dieser Flug gegen den ausdrücklichen Willen von Frau Kuko erfolgen würde. Am 20.2. wurde die Abschiebung des Angolaners Miguel D. Matos mit einer Maschine der portugiesischen TAP nach Angola verhindert. Auch hier weigerte sich der Pilot infolge des Protests von AktivistInnen der Kampagne „Deportation Class“, den Zwangstransport durchzuführen.

Öffentlichkeitswirksame Kampagnen gegen das deportation business haben die europäischen Fluggesellschaften verunsichert. Spektakuläre Aktionen gegen die Deutsche Lufthansa AG haben dazu geführt, dass die Lufthansa die gewaltsame Durchsetzung von Abschiebungen inzwischen ablehnt. Die rumänische Fluggesellschaft Tarom hatte nach Protesten das Geschäft mit Sammelabschiebungen ganz aufgekündigt. Nach dem Tod des sudanesischen Flüchtlings Amir Ageeb an Bord einer Linienmaschine der Lufthansa im Jahr 1999 fordert auch die deutsche Pilotenvereinigung Cockpit nzwischen Flugkapitäne und Bordpersonal auf, sich vor jeder Abschiebung zu vergewissern, dass die sog. „deportee“ freiwillig fliegen (weitere Informationen: http//www.deportation-alliance.com).

deportation.class stop!
http://www.deportation-alliance.com
c/o Bayerischer Flüchtlingsrat
Email: bfr@ibu.de ■

Asylbewerber protestieren gegen Containerdorf

AUGSBURG. Nach zahlreichen Protesten gegen unwürdige Lebensbedingungen zerstörte ein Großbrand in der Nacht zum 19. Februar 2003 in Augsburg 30 Container, ein Drittel der unmenschlichen „Unterkünfte“ für Flüchtlinge. Der Augsburger Flüchtlingsrat schreibt dazu:

„Die Asylbewerber und Flüchtlinge auf dem Lechfeld sind in besonderem Maße benachteiligt. Wir kennen keine Unterkunft in Schwaben, wo die Lebensbedingungen derart psychisch belastend sind.Die schlimme und kontraproduktive (mutmaßliche) Brandstiftung einiger weniger darf nicht dazu führen, berechtigte Anliegen der Flüchtlinge zu negieren. Die Ereignisse in dem Containerdorf sollten dazu Anlass geben, nach alternativen Standorten im Landkreis für kleinere Gemeinschaftsunterkünfte, die keinen solchen Ghettocharakter haben, mit allen Mitteln zu suchen.

Das Containerdorf wurde vor ca. 10 Jahren in einer Zeit errichtet, als pro Jahr fünfmal so viel Asylbewerber nach Deutschland kamen als jetzt. Bereits damals wurde es zusammen mit 4 anderen Gemeinschaftsunterkünften in ähnlich isolierter Lage bei einer „Kaffeefahrt“ des Vereins „Tür an Tür“ massiv kritisiert. Während die 4 anderen Unterkünfte schon lange geschlossen sind, besteht das Containerdorf auf dem Lechfeld weiter. Keinesfalls darf der Brand der Unterkunft zu einem Ausbau der Einzäunung und einem Wachdienst führen. Dies würde die soziale Isolierung nur noch verschärfen. Auch Flüchtlinge haben ein Recht auf Sozialkontakte.

Ein wichtiger Schritt für eine Entspannung der Situation wäre die Erweiterung der „Residenzpflicht“ auf das Stadtgebiet Augsburg. Erfreulicherweise hat sich die Stadt Augsburg nach jahrelangen Diskussionen dazu bereit erklärt. Dies ist jedoch an einem Nein des Landratsamtes gescheitert. Da die Anwesenheit der Flüchtlinge durch die zweimal wöchentliche Essensausgabe und Postausgabe durch den Hausmeister kontrolliert wird, sind sie für die Behörden erreichbar.

Wer untertauchen will, tut dies trotz Residenzpflicht. Die Sicherheitslage ist in den Landkreisen Bayerns, die die Residenzpflicht erweitert haben, offensichtlich nicht mehr gefährdet und die Abschiebequote nicht geringer als in Augsburg.

Die Erlaubnis zum Verlassen des Landkreises für Besuche oder kulturelle Veranstaltungen muss großzügig erteilt werden.“

Dr. Monika Kaiser, ‚Sprecherin des Augsburger Flüchtlingsrates ■

Ausländerbehörden auf „Terroristenjagd“

BAYERN. Im Rahmen des neuen Terrorismusbekämpfungsgesetzes, das die Bundesregierung nach dem 11. September 2001 verabschiedet hat, forscht die Bayerische Staatsregierung nun mit einem 15-seitigen Fragebogen im Freistaat lebende Ausländer aus. Das haben Landtags-Grüne und der Augsburger Grünen-Stadtrat Cemal Bozoglu an die Öffentlichkeit gebracht. Da werden Menschen gefragt ob sie sogenannten terroristischen Vereinigungen angehören oder ob sie jemanden kennen, der diesen angehört. Der Katalog der Möglichkeiten geht von der PKK über die DEVSOL oder die TKP-ML (in der Türkei verbotene Parteien) bis hin zur al-Qaida. Es wird aber auch gefragt, ob der Probant bereit ist, mit den hiesigen Geheimdiensten zusammen zu arbeiten. Wer die Antwort verweigert oder die Zusammenarbeit ablehnt, läuft nicht geringe Gefahr, abgeschoben zu werden. Nachdem sich kein Mitglied der genannten Organisationen selbst bezichtigen wird, geht es wohl in der Hauptsache darum, Spitzel heranzuziehen. Wer also nicht bereit ist, seine Nachbarn oder Freunde an den bayerischen Verfassungsschutz zu denunzieren, der muss bei der Beantwortung lügen.

Nun wird der interessierten Öffentlichkeit erst einmal kein Einblick in die Fragebögen gegeben. Einzelne Abgeordnete haben sie sehen können – jedoch nur kurzfristig. Es wird also seitens der Ausländerbehörden mit hoher Geheimhaltung operiert. Auch wird nicht mitgeteilt, nach welchen Kriterien der Bayernstaat die beantworteten Bögen auswerten will.

Fest steht, dass der nicht unerhebliche Aufwand der Befragung der Menschen aus den sogenannten „Problemstaaten“ (Irak, Iran, Pakistan, Afghanistan, Ägypten, Palästina usw. usf.) jedesmal durchgeführt werden soll, wenn diese Menschen wegen einer Statusänderung bei der Ausländerbehörde erscheinen müssen. Allein in Augsburg werden beim Ausländeramt dafür zwei neue Beschäftigte benötigt (was ca. 100.000 Euro im Jahr kosten dürfte).

Wofür der Aufwand? Es gibt auf den 15 Seiten eine große Anzahl scheinbar harmloser Fragen. So z.B. die danach, wie die Menschen nach Deutschland gekommen sind. Bei näherer Untersuchung könnte sich heraus stellen, dass die ganze Aktion Teil einer ausgeklügelten Rasterfahndung gegen hier lebende Menschen aus den genannten Ländern ist.

Über den Zusammenschluss der bayerischen Ausländerbeiräte AGABY will man nun herausbekommen, welche Erfahrungen in anderen Städten mit der Aushorchung gemacht worden sind.

jol ■

Europäisches Asylrecht:

Deutschland zieht den Vorbehalt zur nichtstaatlichen Verfolgung zurück - PRO ASYL: Ein erster Schritt in die richtige Richtung - 14 weitere müssen folgen

Auch Opfer nichtstaatlicher Verfolgung gehören in den Schutzbereich der Genfer Flüchtlingskonvention. Eine andere Lesart, die allein Deutschland bislang in den europäischen Verhandlungen um den Flüchtlingsbegriff trotzig vertreten hatte, gilt nicht mehr. Dies ergibt sich aus einem Dokument des Rates Justiz und Inneres vom 4. März 2003. Hier wird mit erheblicher Verspätung klar gestellt, dass sich nunmehr der bislang angemeldete Prüfungsvorbehalt Deutschlands nicht auf diese Frage erstreckt. Nach Einschätzung von PRO ASYL dürfte diese Veränderung der deutschen Haltung darauf zurückgehen, dass Bundesinnenminister Otto Schily auf loyales Verhalten innerhalb der Regierungskoalition verpflichtet worden ist. Im Rahmen des Zuwanderungsgesetzentwurfes hatten die Parteien der Regierungskoalition die Flüchtlingsanerkennung für die Opfer nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung verankert.

PRO ASYL begrüßt die jetzige Klarstellung. Sie ist ein erster Schritt aus der völlig isolierten Position Deutschlands auf der europäischen Ebene. Diesem Schritt müssen jetzt 14 weitere folgen. Dann endlich kann die Richtlinie zum Flüchtlingsbegriff und den sogenannten ergänzenden Schutzformen angenommen werden. Der Richtlinienentwurf ist auch in der jetzigen Fassung (Stand: 28. Februar, siehe Homepage von PRO ASYL www.proasyl.de) mit deutschen Vorbehalten gepflastert.

Zum ersten Teil der Richtlinie bestand bereits Ende November 2002 Einigkeit zwischen allen EU-Staaten über die Voraussetzungen für die Anerkennung als Flüchtling. Europa wartet seitdem, dass Deutschland sich endlich bewegt und die Vorbehalte zurückzieht.

Immer noch beharrt Deutschland darauf, die Europäische Menschenrechtskonvention nach eigenem Gusto - entgegen dem internationalen Standard - anwenden zu können. Opfer von Folter und unmenschlicher Behandlung durch nichtstaatliche Akteure, die nicht Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sind, sollen, so ein weiterhin existierender Vorbehalt, keinen Ergänzenden Schutz erhalten.

Außerdem will Deutschland einen Passus in die Richtlinie eingefügt sehen, mit dem Personen von der Flüchtlingseigenschaft ausgeschlossen bleiben sollen, denen „selbstgeschaffene Nachfluchtgründe“ vorgehalten werden. Kein anderes EU-Land will diese völkerrechtswidrige Formulierung aufnehmen. Weitere deutsche Vorbehalte gibt es zum zweiten Teil der Richtlinie. Er regelt die sozialen Rechte von Schutzbedürftigen. Hier bekämpft Deutschland aufs heftigste, dass Personen mit menschenrechtlichen Abschiebungshindernissen (Ergänzende Schutzformen) eine ähnliche Rechtsstellung wie Flüchtlinge erhalten.

PRO ASYL appelliert an die Regierungskoalition, endlich für eine konsistente und pro-europäische Position der Bundesrepublik im Rat zu sorgen und alle deutschen Vorbehalte zurückzuziehen. Dazu muss der Bundesinnenminister weiter eingebunden werden.

gez. Karl Kopp
Europareferent von PRO ASYL
Vorstandsmitglied von ECRE ■

Berliner Senat schafft Chipkarte und Heimzwang ab

BERLIN. Der Flüchtlingsrat Berlin begrüßt die Entscheidung von Sozialsenatorin Knake-Werner, den Vertrag mit der Firma SODEXHO zur Gewährung der Sozialhilfe per Chipkarte (Infracard) zum 30. Juni 2003 zu kündigen. Damit endet für ca. 3000 Asylbewerber ein Zustand sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Flüchtlinge konnten mit der von dem französischen Unternehmen geschaffenen Chipkarte nur in wenigen Geschäften einkaufen und mussten gar die Fahrt dorthin aus ihrer ohnehin um 30% gekürzten Sozialhilfe zahlen. Für die Versorgung der Mehrzahl der in Berlin lebenden Flüchtlingen tragen jedoch die Bezirke die Verantwortung, die teils Bargeld, teils Chipkarten oder Gutscheine gewähren. Der Flüchtlingsrat Berlin fordert die Bezirke auf, die diskriminierende Gewährung von Sachleistungen ebenfalls zu beenden.

Außerdem hat der Berliner Senat beschlossen, Flüchtlingen durch eine auch für die Bezirke verbindliche Ausführungsvorschrift die Anmietung von Wohnungen zu erlauben. Die derzeit aus Sozialhilfemitteln gezahlten Sätze für ein einziges Zimmer im Wohnheim für eine Familie mit drei Kindern sind mit 1650 Euro/Monat für Unterkunft ohne Verpflegung etwa dreimal so teuer wie eine selbst gemietete Wohnung. Die Heimunterbringung führt zur Isolation der Flüchtlinge von der Gesellschaft. Physische und psychische Krankheiten sind vielfach die Folgen des jahrelangen beengten Wohnens in Massenunterkünften. Die Folgen sind insbesondere für Kinder katastrophal. *www.fluechtlingsinfo-berlin.de* ■

Frankreich/ Deutschland :

„Kerneuropäische“ Abschiebekooperation

Als Frucht europäischer Kooperation stellte Frankreichs Innenminister Nicolas Sarkozy in der ersten Märzwoche die erste Massenabschiebung per Charterflug in dieser Legislaturperiode dar. Es handelte sich vor allem um deutsch-französische Kooperation: 89 französische Beamte der Grenzschutz- und Ausländerpolizei PAF sowie sechs deutsche Polizisten begleiteten am Montag (3. März) den Abschiebeflug, der spät nach 23 Uhr von einer entlegenen Startbahn des Pariser Flughafens Roissy abhob.

Die speziell für Kollektivabschiebungen angeheuerten Charterflüge hatte der damalige Innenminister Charles Pasqua, ein Hardliner in Sachen Law and Order, 1987 eingeweiht – damals ließ er 101 Personen in das westafrikanische Mali verfrachten. Die drastische Maßnahme blieb jedoch eine Ausnahme, gewöhnlich wurden Abschiebehäftlinge mit normalen Personenflügen ausgeflogen, auch aus Kostengründen. Lediglich 1991 (unter den Sozialisten) und 1996 (unter der Rechtsregierung Juppé) wurden nochmals Versuche mit Charterflügen unternommen.

Nunmehr wollte Pasquas Amtsnachfolger Sarkozy, der ebenfalls durch „hartes Durchgreifen“ von sich reden machen will, ein deutliches Signal setzen. Dieses Mal wurde, von einer eigens durch die Gesellschaft Euralair angeheuerten Maschine, die Hauptstädte der Côte d’Ivoire – Abidjan – sowie des Senegal, Dakar, angeflogen. Die meisten der 30 Ivoiriens und 24 Senegalesen kamen aus der Transitzone am internationalen Flughafen Roissy, wo ihnen die Einreise nach Frankreich verweigert oder wo ihr Asylantrag abgelehnt worden war. Juristisch werden sie behandelt, als hätten sie niemals französischen Boden betreten. Just zur Wochenmitte hin publizierte die humanitäre Hilfsorganisation Anafe einen Bericht über diese Transitzonen, in denen von skandalösen Zuständen und Polizeigewalt die Rede ist. Die Transitzonen sind derzeit überfüllt. Die Praxis, Asylgesuche bereits in der „extraterrritorialen“ (d.h. juristisch angeblich nicht zu Frankreichg gehörenden) Transitzone am Flughafen abzuhandeln, weitet sich aus. In Roissy etwa befanden sich am Wochenende vor der Kollektivabschiebung 427 Personen in Räumen, die für 294 Personen ausgelegt sind. Daher versucht die französische Regierung derzeit, durch drakonisches Durchgreifen die Transitzonen zu „leeren“ – aber in Richtung Herkunftsländer der Immigranten.

Ein Senegalese unter den Abgeschobenen war in der Nacht extra aus Deutschland überführt worden; ein zweiter senegalesischer Staatsbürger sollte ebenfalls, aus der BRD kommend, an Bord genommen worden, doch in letzter Minute war seinem Berufungsverfahren in Deutschland stattgegeben worden.

Ein wesentlicher Unterschied aber besteht zur Ära Pasqua: Mit dem Charterflug in die Côte d’Ivoire wurde demonstrativ und massiv in ein aktuell im Kriegszustand befindliches Land abgeschoben (wo Frankreich derzeit allerdings wenig gelitten ist...). Das ist eine neue Qualität, wenn man das so formulieren darf.

Flughafen Düsseldorf, 8. März, Aktion von kein mensch ist illegal

Die Charterflüge dienen auch dazu, keine lästigen Zeugen der Behandlung von Abgeschobenen und eventueller polizeilicher Gewalt – wie auf Passagierflügen – zu haben. Doch der Charter vom 3. März blieb nicht ohne öffentliches Aufsehen. Am Flughafen von Abidjan empfingen ihn rund 100 aufgebrachte Personen – unter ihnen Bodenpersonal der Fluggesellschaft Air Afrique –, die die Start- und Landebahnen besetzten und zwei Stunden lang den Weiterflug nach Dakar blockierten. Französische Polizisten wurden auf dem Flughafengelände angegriffen, Gendarmen in Zivil wurden von Gepäckbediensteten verprügelt. In Dakar hingegen blieb es eher ruhig, aber auch hier empfing eine Delegation der „Afrikanischen Konferenz für Menschenrechte“ den Flug.

Am Dienstag, den 4. März um 18 Uhr – der Charterflug hatte in der Nacht davor abgehoben – nahmen an einer eilig und ohne größere Vorbereitung anberaumten Kundgebung der (KP-nahen) Antirassismusbewegung MRAP in Paris rund 400 Menschen teil.

Am Mittwoch (5. März) startete bereits der nächste Charterflug: Er brachte 17 chinesische Staatsbürger aus der Transitzone von Roissy nach Hongkong.

Bernhard Schmid, Paris ■

ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

„Krieg, Krieg und immer wieder Krieg!“

Karl-Heinz Janßen untersucht den Spannungsbogen von Bismarck zu Hitler

Von Thomas Klaus

Was Karl-Heinz Janßen in seinem Buch „Und morgen die ganze Welt... – Deutsche Geschichte von 1871-1945 –“ zu Papier gebracht hat, ist nicht unbedingt neu. Den meisten Historikern und geschichtlich Interessierten dürfte oder könnte zumindest auch vor dem Janßen-Werk bekannt sein, dass es einen unseligen Spannungsbogen von Bismarck zu Hitler gibt, dass Weltmachtträume, Staatsverbrechen, Judenhass, Schwertglaube, Militärfrömmigkeit und Gewaltkult eine lange Tradition in deutschen Landen haben. Dennoch ist das 527-seitige Buch nicht überflüssig. Denn dem langjährigen Redakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“ ist ein besonders anschaulich geschriebenes Geschichtsbuch über die Zeit von 1871 bis 1945 gelungen, in dem insbesondere die Bezüge zur Gegenwart immer wieder überzeugend beleuchtet werden.

Karl-Heinz Janßen lässt durch sein Buch als roten Faden die These wandern, dass die Herrschaft des Nazi-Regimes nicht vom Himmel gefallen (oder aus der Hölle gekommen) ist, sondern dass ihr in den voran gegangenen Jahrzehnten emsig der Boden bereitet wurde.

Der Autor muss sogar für den Diktator Partei ergreifen: „Die Gerechtigkeit gebietet es, Hitler von der Vaterschaft der Lebensraumideologie freizusprechen.“ Seine Begründung: „Schon Jahre vor Hitler waren große Teile des Volkes für einen Revanchekrieg und für einen Kampf um den Lebensraum geistig disponiert.“ Ein abschreckendes Beispiel für die geistige Verfassung tonangebender Gesellschaftsschichten lieferte unter anderem Otto Dibelius, der damalige Superintendent der Evangelischen Kirche in der Kurmark und spätere Aktivist der nazi-kritischen Bekennenden Kirche. 1930, zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes durch Deutschland, postulierte er lautstark: „Das, und das allein, ist der Inhalt der Geschichte: Krieg, Krieg und immer wieder Krieg!“

„Mein Kampf“ wurde gelesen

Zwar gab es zwischen dem Kaiserreich und dem Dritten Reich elementare Unterschiede, aber eben auch „erschreckende Parallelen“, wie Janßen feststellt. So wurden die mörderischen Feldzüge der SS vorgedacht von vermeintlichen Wissenschaftlern wie dem Theologie-Professor Paul de Lagarde aus Göttingen. Er plädierte bereits 1876 dafür, Völker im Osten und Südosten zu vernichten – zu Gunsten der Deutschen. Die Massenerschießungen und Brandschatzungen im besetzten Belgien anno 1914 können wohl als Vorläufer der Repressalien im Zweiten Weltkrieg gelten, und der Massenmord am He-rero-Volk in Deutsch-Südwestafrika 1904/1905 erinnert an die späteren Grausamkeiten im Zeichen des Hakenkreuzes.

Die nationalsozialistischen Kriegsziele muteten an wie „ein Abklatsch der alldeutschen Annexionsforderungen“ aus dem Ersten Weltkrieg, so Janßen. Und er nennt die Vorverlegung der deutschen Grenzen in West und Ost, einen Kranz militärisch und wirtschaftlich abhängiger Vasallenstaaten und Siedlungsräume im Ostland sowie die rücksichtslose Ausbeutung der russischen Rohstoffquellen.

Sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik hätten große Teile der Bevölkerung solchen Plänen wohl wollend oder unterstützend gegenüber gestanden, führt Karl-Heinz Janßen aus. Und auch in der Nazizeit habe sich die Masse des Volkes mit Hitlers unmenschlichen Vorstellungen solidarisiert und sie geistig mitgetragen.

Der Autor: „Wir sollten es nicht mehr nötig haben, noch länger an das Märchen zu glauben, ‚Mein Kampf‘ sei ein wirkungsloses, weil ungelesenes Buch gewesen. Sein Gedankengut wurde durch Tausende und Abertausende von Propagandarednern, Parteijournalisten, Schulungsleitern unters Volk gebracht, umgegossen in vielfältige Formen wie Schulungsbriefe, Wochensprüche, Propagandabroschüren, Zeitungsartikel, Lesebücher.“ Janßen fragt, ob tatsächlich alle Ehepaare im Dritten Reich, die bei der Trauung „Mein Kampf“ geschenkt bekamen, niemals in dem Buch geblättert haben. Und er überlegt, ob jene Millionen, die Hitler schon vor 1933 ihre Stimme gaben, seinen Reden mit dem Weltmachtanspruch nicht zugehört hatten.

Wer genau lausche – so Janßen – , werde noch heute Wortfetzen dieser „Sprache des Unmenschen“ aufspüren, etwa bei Wahlrednern und Beamten. Noch schlimmer: „Zuweilen verfallen Parteipolitiker und Regierende in die Angewohnheit zurück, politische Gegner, Andersdenkende und unbequeme Minderheiten als minderwertig, geisteskrank, verbrecherisch, tierisch – kurzum: als Untermenschen zu diffamieren und zu degradieren.“ ■

Das Buch „Und morgen die ganze Welt...“ ist 2003 im Donat-Verlag in Bremen erschienen und kostet 25,40 Euro (ISBN 3-934836-30-5).

Erste Gesamtdarstellung der Roten Hilfe

Einladung zur Subskription

Nikolaus Brauns: Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland

Die vorliegende Arbeit von Nikolaus Brauns untersucht die verschiedenen Aufgabengebiete der Roten Hilfe von der Sozialfürsorge für die Familien politischer Gefangener über die juristische und rechtswissenschaftliche Tätigkeit bis

hin zu illegalen Fluchthilfeaktivitäten und dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die Arbeitsweise der Roten Hilfe wird an den großen nationalen und internationalen Kampagnen deutlich, die sich um für die damalige Zeit so legendäre Namen wie Max Hoelz, Sacco und Vanzetti oder Richard Scheringer rankten. Aber auch die alltägliche Kleinarbeit eines Roten Helfers, das Sammeln von Spenden für die Familienhilfe oder Unterschriften für die Vollamnestie, der Kontakt zu politischen Gefangenen durch Besuche und Briefe, Demonstrationen, Filmabende und Gedenkveranstaltungen für gefallene Revolutionäre werden beleuchtet.

Ein vergessenes Kapitel deutscher Geschichte

Rote Hilfe Deutschlands – bei der Nennung dieses Namens reagieren selbst Historiker, deren Fachgebiet die Weimarer Republik oder das Dritte Reich ist, mit fragenden Blicken. Heute ist diese Organisation, deren proletarische Mitgliederzahl Anfang der 30er Jahre derjenigen der SPD ebenbürtig war und zu deren Unterstützern so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Wilhelm Pieck und Herbert Wehner, Erich Mühsam und Kurt Tucholsky, Albert Einstein und Thomas Mann gehörten, in Vergessenheit geraten. Zu Unrecht! Denn viele der von der Roten Hilfe angesprochenen Themen finden sich noch heute im Mittelpunkt der politischen Debatte. Wenn der Bundestag über eine Änderung des Asylrechts diskutiert und das Bundesverfassungsgericht über die rechtliche Stellung homosexueller

Lebensgemeinschaften zu entscheiden hat, wenn bei milden Urteilen gegenüber rechtsextremen Gewalttätern der Vorwurf einer politischen Justiz laut wird und wenn sich eine breite Öffentlichkeit für die Abschaffung der Todesstrafe weltweit ausspricht, so handelt es sich um Themen, zu denen die Rote Hilfe schon vor über 70 Jahren Positionen entwickelte und Kampagnen führte.

„Sanitätskorps" der proletarischen Revolution

Als „Sanitätskorps" (C. Zetkin) der proletarischen Revolution diente die Rote Hilfe dem physischen Erhalt des revolutionären Kaders. Wenn ein inhaftierter Kommunist sich nicht von seinen in Freiheit verbliebenen Kampfgenossen vergessen wähnte und die Gewissheit hatte, dass seine Familie unter der Obhut des Solidaritätswerkes stand, konnte die KPD auf seinen Verbleib in ihren Reihen hoffen. Durch die Untersuchung des organisatorischen Aufbaus sowie der Zusammensetzung von Mitgliedschaft und Funktionärsapparat wird herausgearbeitet, inwieweit der von der Roten Hilfe selbstproklamierte Anspruch der Überparteilichkeit eingelöst werden konnte. Tatsächlich machten bekennende Sozialdemokraten, Anarchisten und bürgerliche Demokraten niemals mehr als ein Prozent der Mitgliedschaft aus. Dagegen wurde die Rote Hilfe während der Weltwirtschaftskrise zur Heimat parteiloser Linksradikaler, die von der KPD desillusioniert waren, die SPD aufgrund ihrer staatstragenden Rolle aber ablehnten. Überparteilichkeit bedeutete aus Sicht der KPD-Führung Offenheit für nichtkommunistische Mitglieder im Sinne einer „Einheitsfront von unten" unter kommunistischer Führung.

Thomas Mann, Albert Einstein und andere als Unterstützer

Die Arbeit der Roten Hilfe beruhte auf drei Säulen. Die erste war die Masse der einfachen Arbeiter, die als Mitglieder, Funktionäre und Spender die Organisation trugen. Das zweite Standbein waren etwa 300 Rechtsanwälte unterschiedlicher politischer Gesinnung. Ein Gesicht, dass bis weit in das demokratische Bürgertum wahrgenommen wurde, bekam die Rote Hilfe jedoch durch eine Reihe couragierter Intellektueller, die sich nicht scheuten, mit ihrem bekannten Namen für die Rote Hilfe oder einzelne ihrer Kampagnen zu werben. Das Spektrum dieser prominenten Unterstützer aus Kultur und Wissenschaft reichte von Parteikommunisten wie Johannes R. Becher und Egon Erwin Kisch über linke Einzelgänger wie dem Kunstmaler Heinrich Vogeler bis zu den republikanisch gesinnten Schriftstellern Heinrich und Thomas Mann. Mit Verweis auf das Schicksal „unschuldiger Kinder" warb die Rote Hilfe eine Vielzahl von Prominenten, darunter auch den Physiknobelpreisträger Albert Einstein, für ein Kuratorium, das sich schützend vor die ständig von der Schließung bedrohten Kindererholungsheimen in Worpswede bei Bremen und im thüringischen Elgersburg stellte. Aber auch mit dem Aufgreifen von Fällen staatlicher Kunst- und Literaturzensur – etwa während der Debatte um das Schmutz- und Schundgesetz – wurden Intellektuelle für die Anliegen der Roten Hilfe sensibilisiert.

Internationalismus

Verbindendes Element in der Kampagnetätigkeit der Roten Hilfe von 1921 bis 1933 war der Ruf nach Amnestie für alle „proletarischen politischen Gefangenen". Amnestie wurde nicht als Gnadenakt, sondern als notwendige, durch außerparlamentarischen Druck zu erzwingende Korrektur der Rechtsprechung verstanden. Wenn zeitweilig über 7000 revolutionäre Aktivisten in den Gefängnissen der Weimarer Republik saßen und große Teile der KPD-Zentrale vom Damoklesschwert der Hochverratsklage bedroht ins Moskauer Exil oder die Illegalität gezwungen wurden, dann bildete die Amnestie eine Überlebensfrage für die Handlungsfähigkeit der kommunistischen Bewegung. Der Amnestiekampf ist zugleich als ein Spiegel für die Wandlungen der KPD-Politik zu verstehen, da im Mittelpunkt der jeweiligen Kampagne Symbolfiguren für die wechselnde Bündnispolitik der Kommunisten standen, von den Linksradikalen Erich Mühsam und Max Hoelz bis zum ehemaligen NS-Aktivisten Richard Scheringer und dem Bauernführer Claus Heim. Internationalismus gehört zu den Eckpfeilern des kommunistischen Selbstverständnisses. Vor allem der Roten Hilfe war es – zusammen mit der Internationalen Arbeiterhilfe – zu verdanken, dass die internationale Solidarität im linksproletarischen Milieu in Deutschland konkret erfahrbar wurde und nicht bei abstrakten Lippenbekenntnissen endete.

Weiterarbeit während des Faschismus und im Exil

Als einzige Nebenorganisation der KPD wurde die Rote Hilfe auch unter dem Nationalsozialismus bis kurz vor dem Krieg aufrechterhalten. Die Untersuchung der Aktivitäten der Roten Hilfe während dieser Zeit bringt neue Erkenntnisse über Möglichkeiten und Grenzen des antifaschistischen Widerstand in Deutschland. So erprobte die Rote Hilfe neben der klassischen illegalen Arbeit, wie dem Einschleusen antifaschistischer Literatur und der Übernahme politischer Aufgaben der KPD, auch sogenannte „legale" Formen des Widerstandes. Wie aufgezeigt wird, unterwanderten Rote Helfer NS-Organisationen wie die Volkswohlfahrt, um unter dem Deckmantel des „loyalen Volksgenossen" Gelder für die Familien politischer Gefangener als bedürftiger Glieder der „Volksgemeinschaft" abzuzweigen. Bei den Bemühungen der Kommunisten zur Schaffung „antifaschistischer Einheits- und Volksfronten" in Deutschland und den angrenzenden Ländern spielte die Rote Hilfe eine bis jetzt von der Forschung unterschätzte Schlüsselrolle als Bindeglied zu nicht-kommunistischen Teilen des Widerstands.

Aus dem Werbeprospekt des Autors ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Warum Subskription? Dieses Buch entreißt nicht nur die größte proletarische Massenorganisation der Weimarer Zeit dem Vergessen. Durch die opulente Illustration mit Fotos und Faksimiles vermittelt es auch einen authentischen, sinnlichen Eindruck der Arbeit der Roten Hilfe. Für einen kleinen Verlag ist ein solches Buch im Großformat ohne sichere Vorbestellzahlen nicht zu finanzieren. Subskriptionspreis 25.00 EUR (bis 30. April 2003) plus 1.30 EUR Porto, später 32.00 EUR. Erscheint im Mai 2003, sofern die notwendigen Vorbestellzahlen (ca. 200 Ex.) erreicht werden. Bestellungen an: Pahl-Rugenstein Verlag, Breite Str. 47, 53111 Bonn, Tel. 0228/632306 Fax 0228/634968 E-mail: prv@che-chandler.com

Angriff auf den Antifaschismus und Deutschland-Wunschtraum

Junge Freiheit Nr. 9/03 vom 21. Februar 2003

Das Blatt beobachtet die Position der Bundesregierung im Irak-Krieg kritisch, erhofft sich allerdings davon eine Stärkung nationalistischer Positionen. Chefredakteur *Dieter Stein*: „Es kursieren derzeit Meldungen, die USA hätten einen Totalstopp von Investitionen in ihre deutschen Militärstützpunkte verhängt ... Großartig kann ich nur sagen ... Nur: Dies bedeutet, dass Deutschland, dass die Mitte Europas endlich militärisch auf eigenen Füßen stehen muss. Dafür ist ein Preis zu zahlen. Die Entmilitarisierung Deutschlands, die Zerschlagung und Herunterwirtschaftung der Bundeswehr und der deutschen Rüstungsindustrie müssen gestoppt werden. Wenn wir uns von den USA emanzipieren wollen – gut!. Dann müssen wir aber politisch erwachsen werden. Ansonsten werden wir uns bei nächster Gelegenheit (unter Kanzlerin Merkel?) wieder an die amerikanischen Rockschöße klammern."

Große Beachtung widmet das Blatt einer Anfrage der Unionsfraktion im Bundestag zum „Kampf gegen Rechts", in der sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Ole Schröder zu dem Vorschlag verstieg, die laufenden Projekte umzuwidmen: nicht mehr „gegen Rechts" sondern gegen „die Bedrohung des islamischen Fundamentalismus".

Kampf gegen Rechts weiter in der rechten Kritik

Junge Freiheit Nr. 10/03 vom 28. Februar 2003

Im Leitartikel lässt das Blatt *Doris Neujahr* verbreiten, die Bundes- und Landesprogramme gegen Rechts seien dazu da, die politische Vorherrschaft von Rot-Grün zu zementieren, denn: „Kein Politiker kann es beispielsweise wagen, einen Zusammenhang zwischen der Krise der Bildungs- und Sozialsysteme und einer asozialen Einwanderungs- und Asylpolitik herzustellen, weil der deutsche Sonderweg im Asylrecht inzwischen zu einem universellen Wert erhoben wurde – wenigstens in Deutschland." In derselben Ausgabe erklärt der CSU-Bundestagsabgeordnete *Wolfgang Götzer* auf die Frage „Ist der ‚Kampf gegen Rechts' nun am Ende?": „Leider nein, aber die Fragestunde war ein Anfang. Natürlich werden, SPD, Grüne und PDS zu gegebener Zeit erneut versuchen, damit gegen das bürgerliche Lager zu Felde zu ziehen und alles, was konservativ ist, zu diffamieren ..." Ebenfalls in dieser Ausgabe findet sich ein Vorabdruck des Buches „Stigmatisiert. Der Terror der Gutmenschen", herausgegeben von *Klaus J. Groth* und *Joachim Schäfer*, die sich mit der von politischen Rechten kritisierten „political correctness" auseinandersetzen und behaupten: „Im vereinten Deutschland droht kein Zuchthaus mehr für eine ungebührliche Bemerkung. Statt dessen droht der Bruch der Karriere, die gesellschaftliche Ächtung, die öffentliche Vorführung."

Der Vorwurf Antiamerikanismus sei nur ein Ablenkungsmanöver

Junge Freiheit Nr. 11/03 vom 7. März 2003

Das Blatt führt eine breite Leserbriefdebatte um den Irak-Krieg. *Alexander Griesbach* kommt zu dem Schluss: „Eine

tabulose Diskussion über die deutsch-amerikanischen Beziehungen wird zu dem Ergebnis kommen, dass die Zweckgemeinschaft, die Deutschland und die USA jahrzehntelang verbunden hat, der Vergangenheit angehört. Die beiderseitigen Interessenlagen haben sich fundamental verändert. Heute muss es aus deutscher Sicht darum gehen, dem globalen Anspruch der Weltmacht USA Widerstand entgegenzusetzen ... Auf den allzu simplen Gegensatz Pro- oder Antiamerikanismus lässt sich die Komplexität, die mit der Irak-Krise verbunden ist, deshalb nicht herunterbrechen. Und weil das so ist, geht der Riss durch alle ‚gesellschaftlich relevanten Gruppen' in Deutschland ... Wenn dieser Riss dazu führt, dass Deutschland in Zukunft in der internationalen Völkergemeinschaft mehr Eigensinn zeigt, dann hat diese Diskussion zu den richtigen Konsequenzen geführt."

„Deutscher Weg im Kriegsszenario"

Republikaner 3-4/2003

Der Republikaner 3+4 erscheint wie inzwischen üblich als Doppelausgabe. Der Bundesvorsitzende *Rolf Schlierer* propagiert einen deutschen Weg im Kriegsszenario: „Wir Deutschen müssen aus endlich von unserer geistigen Schrebergärtner-Haltung der Nachkriegsära befreien. Leider hat das Volk im September des letzten Jahres eine Regierung gewählt, die an Unfähigkeit allenfalls noch von den Oppositionsparteien überboten wird. Gerhard Schröder flüchtet sich zunehmend in eine Pseudopolitik … Trauriger Höhepunkt: Der Bundeswehr werden die Mittel gekürzt und gleichzeitig weltweite Einsätze verordnet."

Der oberschlaue Schlierer bemerkt am Schluss seiner nationalen Hetze: „Selten war unsere Forderung aktueller als heute: Deutschland braucht eine klare politische Linie, die sich ausschließlich am nationalen Interesse ausrichtet. Dazu bedarf es einer politischen Altenative, einer republikanischen Politik." Nur will das Wahlvolk wohl nicht so recht zu dieser Erkenntnis kommen: Zum schlechten Abschneiden der REP in Hessen und Niedersachsen schweigt das Blatt.

Interviewt wird *Alain de Benoist* zum Thema Irak-Krieg. Er hält eine Achse „Paris-Berlin-Moskau für den besten Weg, „um die Europäische Union in die Lage zu versetzen, ein Gegengewicht zur amerikanischen Hypermacht zu bilden", bedauert allerdings, dass Russland sich aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen bisher zurückhält. Er plädiert für „die Aufstellung einer eigenständigen europäischen Verteidigung". *uld, jöd* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507